

IV. WIRTSCHAFTSKRISE UND KRISE DER GERWERKSCHAFTSPOLITIK

Hajo Funke, Christel Neusiß

“Man darf nicht zu tief in die Arbeitslosigkeit rutschen, sonst wird daraus ein Politikum“.
(DGB-Vorsitzender Vetter 1975)

1. ZUR GEGENWÄRTIGEN SITUATION

Daß die längste und tiefste Krise im Nachkriegs-Deutschland, daß Massenarbeitslosigkeit, sich verschlechternde Arbeitsbedingungen und der Druck auf den Arbeitslohn bisher, von Ausnahmen abgesehen, ohne nennenswerte Widerstandsaktionen von den westdeutschen Lohnabhängigen hingenommen wurden, bedarf der Erklärung. Allzuleicht sehen sich sonst diejenigen bestätigt, die ja schon immer gesagt haben, kapitalistische Krisen seien nicht etwa die Grundlage der Entwicklung von Klassenbewußtsein. Gerade bei Teilen der Sozialdemokratie und auch innerhalb der Gewerkschaften spricht man über einen Rechtsruck in der Arbeiterschaft und insbesondere bei den Angestellten. Am gesellschaftlichen Fortschritt orientierte aktive Gewerkschafter klagen über Resignation in den Betrieben, über mangelnde gewerkschaftliche Aktivität, über Ausländerfeindlichkeit, über mangelnde Solidarität, über politisches Desinteresse der Kollegen. Die Phase zu Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre wird demgegenüber oft als eine leider vergangene Phase beschrieben, die an Reformen orientiert war und zu politischen Aktivitäten anhielt.

Eine solche Position bezieht sehr leicht ihr Selbstverständnis und ihre Zielsetzung aus dem Kampf gegen Strauss! Der angeblich drohende Faschismus verpflichtet um so mehr auf die – wenn auch nicht kritiklose so doch vermeintlich notwendige – Akzeptierung der SPD als kleinerem Übel. Gerade diese Faschismusangst aber wirkt lähmend auf die anstehende Auseinandersetzung mit der Politik der Sozialdemokratie und der an ihr orientierten offiziellen Gewerkschaftspolitik. Sie lähmt das Denken und Handeln in politischen Alternativen, die sich an der notwendigen Entwicklung einer Klassenbewegung orientieren und nicht den suchenden Blick vornehmlich auf ein Bündnis mit liberal gebliebenen Teilen des Mittelstandes richten.

Nun überrascht der mangelnde Widerstand der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen gegen die Angriffe des Kapitals auf die Lebensbedingungen zunächst in der Tat. Schließlich zeigten die spontanen Streikbewegungen 1969 und 1973 die Fähigkeit der Arbeiter, auch ohne Anleitung der Gewerkschaftsleitungen und ohne Streikunterstützung die Auseinandersetzung um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen mit dem Kapital aufzunehmen. Schließlich organisierten große Gewerkschaften wie die IG-Chemie und die ÖTV erstmals in der

Geschichte der BRD in ihren Bereichen größere Streiks. Die ÖTV geriet gar in den Ruf, den Staat aus den Angeln heben zu können und eiligst wurde mit der Aufhebung der Tarif-Autonomie im öffentlichen Dienst gedroht und das Gespenst des Gewerkschaftsstaats an die Wand gemalt.

Demgegenüber kann die bürgerliche Klasse heute mit einer Frechheit auftreten, wie schon lange nicht mehr. Betriebsräte müssen sich anhören: „Heute verhandele ich noch mit Ihnen, aber warten Sie mal erst, bis die Entlassenen aus Neckarsulm kommen“. So wird die „Sozialpartnerschaft“ von Seiten des Kapitals ohne große Flausen aufgekündigt. Die CDU verweist hämisch darauf, daß die Zeit der Reformen vorbei sei: „Zur Abwendung einer weiteren wirtschaftlichen Rezession hat der stellvertretende CDU-Vorsitzende Gerhard Stoltenberg Grundsatzenscheidungen gefordert, durch die zunächst das erschütterte Vertrauen der Wirtschaft wiederhergestellt werde. Die Bereitschaft der Wirtschaft zu Investitionen und zum Risiko würde verringert durch die geplanten Gesetzesvorhaben zur beruflichen Bildung, Mitbestimmung und Presserecht. Diese Reformen können nach seinen Worten nicht in Konfrontation mit der Wirtschaft verwirklicht werden.“ (1) Und der rechte Flügel der Sozialdemokratie akzeptiert, was die CDU als Lösungskonzept für die kapitalistische Krise propagiert: Die hemmungslose Anerkennung der praktischen Macht des Kapitals: In keinem Land Westeuropas wird eine so rechtskeynesianische Krisenpolitik betrieben wie in der Bundesrepublik. Das bis Ende 1975 laufende Konjunkturprogramm subventionierte massiv die Investitionen und damit die Profite des Kapitals (freilich ohne den gesamtwirtschaftlichen erhofften Aufschwung zu bewirken). Auf die in anderen Ländern Westeuropas teilweise praktizierten Maßnahmen zur Stützung des Konsums wurde verzichtet. Die Reformpolitik der sozial-liberalen Koalition ist für die nächsten Jahre aufgekündigt worden. Man spricht selbst in Regierungskreisen von der Notwendigkeit der sozialen Demontage. Bundeskanzler Schmidt kündigt Teile der Umweltschutzgesetzgebung auf. Und der FDP wird von der Sozialdemokratie das Angebot gemacht, in der Mitbestimmungsfrage nachzugeben. Die Rede vom drohenden Gewerkschaftsstaat ist angesichts der gegenwärtigen Politik der Gewerkschaftsleitungen, die mit dem Argument des kleineren Übels noch die letzte Rechtswendung der Sozialdemokratie glauben unkritisch hinnehmen zu müssen, inzwischen auch verstummt.

Doch so geschlossen rechts, wie es auf den ersten Blick scheint, ist die politische Szenerie dann doch nicht. Im Unterschied zu den Stimmenverlusten der DKP etwa in den Landtagswahlen zugunsten der Sozialdemokratie, konnten kommunistische und sozialistische Gruppen und Gewerkschafter bei den Betriebsratswahlen z. T. große Erfolge verbuchen. Erinnert sei hier nur an die hohen Stimmenzuwächse für solche bewußten Gewerkschafter auf den Persönlichkeitswahllisten, die einen Standpunkt konsequenter Interessenvertretung gegen das Kapital eingenommen haben; erinnert sei daran, daß erstmals der Listenplatz für das Wahlergebnis wenig besagte; erinnert sei daran, daß in den großen Automobilwerken Listen ihren Platz

1) Süddeutsche Zeitung vom 6.5.75

behaupten oder gar entscheidende Erfolge erzielen konnten, die mit schlimmster antikommunistischer Hetze verfolgt worden waren, daß bei FORD-Köln und Opel-Rüsselsheim rechte Betriebsratsvorsitzende ihren Sessel vor linkssozialdemokratisch orientierten neuen Betriebsräten räumen mußten. Nach einer Wahlanfechtung der Rechten bei Klöckner Bremen – die Urnenschlitze seien nicht sachgemäß gewesen – konnten die Linken auf den Persönlichkeitswahllisten 2000 Stimmen erobern, gegenüber 700 für die rechten Sozialdemokraten. Bei der zuvor von der Rechten erzwungenen Listenwahl hatten sie nur eine knappe Mehrheit erzielt. Solche Ergebnisse stellen natürlich die Rede vom Rechtsrutsch der Arbeiter und Angestellten ganz entscheidend in Frage.

Auf einen Machtzuwachs der an bewußter Interessenvertretung orientierten Gewerkschafter deutet es hin, wenn nach dieser Wahl der Hauptvorstand nicht mehr ausnahmslos alle auszuschließen wagt, die sich auf einer linken, von der Organisation nicht abgesegneten Liste, zur Wahl stellten. Der gleiche IG-Chemie-Hauptvorstand, der hinter dem Rücken der Gesamtorganisation einen vom Kapital belobigten Tarifbeschluß organisiert, wird von den Erwitter Arbeitern gezwungen, sich hinter ihren Streik und ihre Betriebsbesetzung zu stellen. Der DGB-Vorsitzende Vetter sieht sich gezwungen, darauf hinzuweisen, daß eine größere Autonomie gewerkschaftlicher Politik gegenüber der Sozialdemokratie notwendig sei. „Wir waren in den letzten Jahren vor allem in den Bereichen erfolgreich, in denen wir unsere Mitglieder mobilisieren konnten und wo jedermann wußte, daß sie geschlossen hinter uns stehen... dort, wo wir an den elementaren Lebensinteressen unserer Mitglieder anknüpfen, haben wir reale Durchsetzungsmöglichkeiten“ (1a.). Mögen solche Worte vor allem als Appell an die Sozialdemokratie gerichtet sein, ein bißchen mehr zu berücksichtigen, daß die Gewerkschaften Interessen der Arbeiter vertreten müssen, so zeigen sie doch auch auf, was selbst auf der Ebene der Gewerkschaftsleitungen gegenwärtig als Problem artikuliert wird: Nämlich die Erkenntnis des Scheiterns einer Gewerkschaftspolitik, die sich auf die Sozialdemokratie als Regierungspartei wesentlich stützte.

- 1 a) H. O. Vetter, Gewerkschaftspolitik in schwieriger Zeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 4/1975, S. 207.

47679
2. DIE GEGENWÄRTIGE SITUATION MUSS ALS HISTORISCHES RESULTAT BETRACHTET WERDEN.

Geben wir einer alten Kampfparole eine etwas andere Version, so können wir sagen: Die Arbeiterklasse hat nichts zu akkumulieren, als ihre Erfahrungen. Wichtig dabei ist, daß sie diese Erfahrungen bewußt akkumuliert, d.h., ihr historisches Schicksal in Abhängigkeit und im Gegensatz zum Kapital begreifen lernt. (2) Davon ausgehend soll in der folgenden Darstellung verfahren werden: Die Inhalte der historischen Erfahrungen der westdeutschen Arbeiter mit dem Kapitalismus sollen skizziert werden: Es soll dann gezeigt werden, wie diese Erfahrungen im Bewußtsein der *Arbeiterorganisationen* von sich selbst und ihrer Politik auf der einen, im *normalen Arbeiterbewußtsein* auf der anderen Seite sich reflektiert haben. Es wird dann davon ausgegangen, daß die gegenwärtige Krise zusammen mit dem offensichtlichen Versagen der sozialdemokratischen Reform- und Krisenmanagementpolitik der bisherigen Gewerkschaftspolitik ihre Grundlage raubt. Deshalb stellen sich die Fragen: Wie agiert eine Gewerkschaftspolitik, die ihrer Grundlage beraubt ist? Wie wird diese Gewerkschaftspolitik von den Mitgliedern erfahren? Auf welche Momente der historisch akkumulierten und noch präsenten Erfahrung kann sie sich stützen? Wo und unter welchen Umständen gerät sie offensichtlich in die Krise? Welche neuen Momente von gewerkschaftlicher Politik bilden sich als Handlungsperspektiven aus? Welche klassenpolitischen Dimensionen sind in ihnen enthalten? Es soll also zum einen herausgearbeitet werden, welche Erfahrungen es sind, die gegenwärtig eine Entwicklung von Widerstand hemmen, es sollen dann aber auch die Momente entwickelt werden, die auf diese Widerstandsentwicklung hinwirken. Zu diesem Zweck soll am Ende der Darstellung anhand verschiedener Betriebe der mögliche Gang der Entwicklung von Klassenbewußtsein und Klassenkämpfen herausgearbeitet werden.

3. DIE GEGENWÄRTIGE KRISE WIRD ERFAHREN AUF DEM HINTERGRUND EINER LANGEN PROSPERITÄTSPHASE

Daß Kapital und Arbeit *unterschiedliche* Interessen haben, diese Tatsache war in der

- 2) Hier nur ein Beispiel, wie linke Betriebsgruppen diesen Erfahrungszusammenhang politisch zu vermitteln suchen: In der Broschüre „Opel Bochum 1972–1975, eine Belegschaft sammelt Erfahrungen!“, herausgegeben von Opel-Kollegen, finden wir folgende Interpretation einer Zeitungsmeldung: „Und schließlich sind offensichtlich die Arbeiter alle Chaoten, wie in der ‚Zeit‘ vom 24.8.1973 zu lesen stand“, dort hieß eine Überschrift, Die Chaoten von Bochum. Wie radikale Gruppen den Opel-Betriebsrat und die IG-Metall absetzen wollen!“ Dazu heißt es weiter in der Broschüre „doch: heute wissen wir mehr denn je: das Kapital betreibt das ganze Chaos – erst Kurzarbeit und Entlassungen, dann auf einmal befristete Neueinstellungen, Sonderschichten und gesalzene Preiserhöhungen von 7,5 %! Das alles ist uns aus den letzten Wochen noch gut in Erinnerung und das bedeutet: Das Opel-Kapital ist hier der Chaot, sonst niemand!“

Basis zur Klassenkampfpolitik = Solidarität polit. (17.06.1967)
(Bewußtsein der Arbeiter) aus Erfahrung auf gegenseitige
(Klassenbewußtsein)

ganzen Entwicklung der BRD den Arbeitern präsent. Was zurückgetreten ist, ist die Erfahrung der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes. Um diesen Gegensatz zum Kapital aber unmittelbar erfahren zu können, sind materielle Voraussetzungen notwendig, die diesen Gegensatz wirklich enthüllen. Allen Klagen über Resignation und Passivität in der Arbeiterklasse muß entgegengehalten werden, daß ohne die gegenwärtige Erfahrung der Ohnmacht sozialpartnerschaftlicher Politik, ohne die Erfahrung der Nichtkompromißfähigkeit der Arbeiter- und Kapitalinteressen, ohne die Erfahrung der Grenzen staatlichen Krisenmanagements auch keine Entwicklung von Klassenbewußtsein und Klassenorganisation in Westdeutschland möglich ist. Denn welche Erfahrungen machten die westdeutschen Arbeiter und Angestellten und ihre Organisationen in den letzten drei Jahrzehnten mit der kapitalistischen Produktionsweise?

Die der politischen und ökonomischen Restauration des Kapitals folgende Prosperität verbesserte, ausgehend von dem elenden Nachkriegsniveau, kontinuierlich die Lebenslage der Lohnabhängigen, mindestens bis zur ersten Krise 1967. Zwar war die erste Hälfte der 50er Jahre durch Massenarbeitslosigkeit gekennzeichnet, doch die Akkumulation des Kapitals reichte hin, die Arbeitslosen schnell in den Produktionsprozeß zu integrieren. Auf dieser Basis, nämlich der Beseitigung der industriellen Reservearmee in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, konnten denn auch die Gewerkschaften zunehmende Erfolge mit Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen verbuchen. Folglich wurde die Akkumulation des Kapitals erfahren als Prozeß der Beseitigung von Arbeitslosigkeit, der Erhöhung von Löhnen und zunächst auch als Verbesserung der Arbeitsbedingungen infolge der Verkürzung der Arbeitszeit. Der technologische Fortschritt machte zwar Arbeiter überflüssig, aber immer erneut fand ihre Reintegration statt, sei es als Angestellte im Staatsdienst oder im Unternehmen, sei es als Industriearbeiter. Dabei fanden zum Teil auch Aufstiegsprozesse statt, Arbeiter wurden zu Angestellten, oder einfache Arbeiter stiegen zu Facharbeitern auf. Wenigstens für größere Teile der Lohnabhängigen, gerade auch der gewerkschaftlich organisierten, mußte der Kapitalismus als eine zukunftssträchtige Produktionsweise erscheinen. Demgegenüber wurde das Heer der einfachen Arbeiter weitgehend durch ausländische Arbeiter, Frauen und erst kürzlich proletarisierte Bauern aufgefüllt, die sich entweder gar nicht organisierten oder deren Interessen keine vehemente Unterstützung innerhalb der Organisation fanden. Die Krise 1967 und der neue Konjunkturaufschwung bestätigten eigentlich nur: Wenn die Unternehmen Gewinne machen, dann sind auch die Arbeitsplätze gesichert. Eine zeitweise Zurückhaltung in der Lohnpolitik, so schien es, war selbst wieder Bedingung für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Wenn die Arbeitslosigkeit beseitigt wurde, so hatte sich natürlich auch die Zurückhaltung gelohnt. So wenigstens reflektierte sich die historische Erfahrung im Bewußtsein eines großen Teils der Lohnabhängigen und im Selbstverständnis der Gewerkschaftsorganisationen. Zwar gab es allmählich Sprünge in dem Bild: Die zunächst von den Gewerkschaften begrüßte konzertierte Aktion führte nicht zur versprochenen 'Sozialsymmetrie', diese mußten sich die Arbeiter erst in den September-Streiks erkämpfen. Die Kapitalentwicklung seit der Krise 1967 war mit

(17.06.1967)
Politik der ...
Wenigstens ...
Verdinglichung der Arbeit

zunehmender Intensivierung der Arbeit sowie mit inflationären Prozessen verbunden, die immer wieder drohten, das erreichte Reproduktionsniveau herabzusenken. Solchen Tendenzen traten die spontanen Streikbewegungen, aber auch die zu Beginn der 70er Jahre von den Gewerkschaften organisierten Streiks, z.T. erfolgreich entgegen.

Wichtig ist dabei, festzuhalten, daß die Arbeitslosigkeit zu Beginn der 50er Jahre eine andere Qualität hatte als die gegenwärtige. Wurde doch die damalige Arbeitslosigkeit in der Weise erfahren, daß das Kapital in der Lage war, sie schnell zu beseitigen. Heute dagegen ist die Arbeitslosigkeit nicht einer außergewöhnlichen historischen Situation geschuldet, sondern „normales“ Resultat der kapitalistischen Krise. Wenn auch zunächst viele Arbeiter die gegenwärtige Arbeitslosigkeit noch als Ausnahme, schlimmstenfalls als periodisch in der Krise wiederkehrend begreifen, so muß doch davon ausgegangen werden, daß in der nächsten Zeit auch über die Zyklen hinweg ein hoher Grad von Arbeitslosigkeit vorherrschen wird, wie wir im Artikel über die ökonomische Entwicklung sahen. Die prognostizierten hohen Arbeitslosenquoten für 1975–1979 der Bundesanstalt für Arbeit (man spricht von Quoten zwischen 2 und 5 %!) sind demnach nicht nur eine gern aufgegriffene Drohung gegenüber den Gewerkschaften, sondern durchaus realistisch.

X Wichtig ist weiterhin festzuhalten, daß die lange Prosperitätsphase stattfand ohne Interpretationen und ohne begleitende Politik einer politischen Klassenorganisation, die die Traditionen, die theoretisch aufgearbeiteten Erfahrungen der Arbeiterklasse weitergeführt hätten. Wenn auch davon ausgegangen werden kann, daß der Klassenkampf sich in einer langen Prosperitätsphase – in der BRD war sie von historischer Einmaligkeit – nicht vehement entfaltet wird, so haben kommunistische und linkssozialistische Parteien doch die Funktion, die vorherigen Erfahrungen der Klasse weiterzuvermitteln und die gegenwärtigen auf ihrem historischen Hintergrund zu interpretieren. Die Liquidierung der kommunistischen Partei im Faschismus und ihr erneutes Zugrunderichten in der Phase des kalten Krieges versperrten gerade diese historische Vermittlung der Klassenerfahrungen. So kann die westdeutsche Arbeiterklasse im Unterschied zur französischen oder italienischen fast gar nicht an ihren eigenen Klassenkampf-Traditionen anknüpfen. Sie muß noch einmal neu anfangen. Die notwendigen Lernprozesse, die gemacht werden müssen, werden deshalb widerspruchsvoll sein und langwieriger, als in Ländern mit traditionellen kommunistischen Parteien.

Haben wir bisher versucht, den Inhalt der Erfahrungen der Lohnabhängigen mit dem Kapitalismus zu skizzieren, und zwar bis zur gegenwärtigen Krise, so soll im Folgenden die Frage nach der Erfahrungsverarbeitung auf unterschiedlichen Ebenen angegangen werden. Zunächst soll die Reflexion der kapitalistischen Prosperitätsphase im gewerkschaftlichen Selbstverständnis und in der Gewerkschaftspolitik dargestellt werden. Es soll dann gefragt werden, wieweit sich dieses Selbstverständnis und diese Politik auf massenhaft entwickeltes Bewußtsein stützen konnten. Es soll zum dritten dann gezeigt werden, wie Gewerkschaftspolitik, so wie sie in der Prosperitätsphase sich herausgebildet hat, in der Krise nicht mehr in der Lage ist, eine Machtbasis zur Interessenwahrnehmung zu entfalten.

DIE INTEGRATION DER GEWERKSCHAFTSPOLITIK IN DIE STAATLICHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Setzen wir mit der Entwicklungsphase an, die für das gewerkschaftspolitische Selbstverständnis heute entscheidend ist: Mit dem Eintritt der Vollbeschäftigung seit der 2. Hälfte der 50er Jahre hatte sich die ökonomische Stellung der Lohnarbeiter zum Kapital, verstanden im Sinne der bürgerlichen Ökonomie: nämlich die Stellung innerhalb der Konkurrenz, verbessert. Im Jahre 1962 schreibt Herbert Ehrenberg in den gewerkschaftlichen Monatsheften: „Nach den Gesetzen der freien Marktwirtschaft freilich ist die Lage eindeutig: Der Faktor Arbeit ist zum relativ seltensten Produktionsfaktor geworden, und allen Regeln des Marktes nach muß sein Preis sich in einer ständigen Bewegung nach aufwärts befinden. Da es für die Masse der Arbeitnehmer einen freien Markt nicht gibt, haben die Gewerkschaften als legitime Interessenvertreter die Pflicht, diese besondere Situation des Arbeitsmarktes so gut wie möglich auszunutzen.“ (3) Würde die freie Marktwirtschaft wirklich funktionieren, so argumentiert Ehrenberg gegen die Polemik der Lohn-Preisspirale, so gäbe es auch keine Preissteigerungen. Denn dann könnten die Unternehmer nicht jede Lohnerhöhung als Preiserhöhung weitergeben. Der neoliberale Staat, der die Wettbewerbsbeschränkungen aufheben und griffige Kartellgesetze machen soll, wird gegen die CDU-Erhard-Regierung aufgerufen. Man stellt sich als die besseren Neoliberalen dar.

Mag nun die IG-Bau und ihr Syndikus Ehrenberg auch den Rechtsaußen innerhalb der Industriegewerkschaften darstellen, so hat diese Position mit der Position des Grundsatzprogramms des DGB von 1963 doch eines gemeinsam: *Ausgangspunkt der Gewerkschaftspolitik und Machtbasis gegenüber dem Kapital ist die Vollbeschäftigung. Sie ist die Grundlage gewerkschaftlicher Erfolge in der Tarifpolitik. Sie abzusichern durch entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen ist dann wesentlich Aufgabe der Regierungspolitik*, sei es nun, daß diese Regierungspolitik neoliberal orientiert sei, wie Ehrenberg fordert, oder daß sie neokeynesianistisch vorgehe, wie im DGB-Programm gefordert wird. An ihrer allgemeinen Fähigkeit, krisenfreies Wachstum und Vollbeschäftigung zu sichern, besteht kein Zweifel. Die Krise 1967 wirkt eher als Bestätigung denn als Infragestellung dieser Vorstellung. Von Gewerkschaftsseite wird mangelnde Koordinierung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen für die Krise verantwortlich gemacht. So R. Henschel: „Da jedoch die Koordinierung der dirigistischen Einzelmaßnahmen fehlte, wurden wirtschaftliche Fehlentwicklungen unvermeidlich... sollen derartige Fehlentwicklungen in Zukunft vermieden werden, will der neue Wirtschaftsminister Schiller aus der Krise der Wirtschaftspolitik eine Wirtschaftspolitik der Krisenüberwindung machen, so muß er Zielvorstellungen über die künftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung haben... Das wirtschaftspolitische Konzept

3) Herbert Ehrenberg, Gewerkschaftliche Lohnpolitik in der Hochkonjunktur, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1962, H. 3, S. 157.

der Regierung Kiesinger nähert sich damit zwangsläufig den Forderungen, die der DGB in seinem Grundsatz-Programm für die Aufstellung eines National-Budgets erhoben hat.“ (4) Unter dieser Voraussetzung erfolgt der Eintritt der Gewerkschaften in die konzertierte Aktion. Überzeugt von der Fähigkeit des westdeutschen Wirtschaftssystems, die Krise bei entsprechender Abstimmung der „beiden Bereiche staatlicher und privater Wirtschaftsbeeinflussung“ in Zukunft – nach den Erfahrungen von 1967 – unmöglich zu machen, beteiligen sich die Gewerkschaften daran – um die „privaten Auseinandersetzungen“ zwischen Unternehmern und Gewerkschaften zu entspannen. So jedenfalls Rudolf Henschel in den Gewerkschaftlichen Monatsheften. (5)

Die Einordnung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik in die staatliche Wirtschaftspolitik ist nur die konsequente Folgerung aus der Annahme, staatliche Wirtschaftspolitik biete die Möglichkeit der Absicherung der gewerkschaftlichen Verhandlungsbasis: nämlich der Vollbeschäftigung. Sie könne gleichzeitig der Tendenz der Unternehmen aufgrund monopolistischer Preissetzungsmacht Lohnsteigerungen auf die Preise abzuwälzen und damit immer wieder die Verteilungsverhältnisse zu ihren Gunsten ändern, entgegenwirken: „Die verteilungspolitischen Interessengegensätze zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern tendieren daher aus sich heraus zu einer Beschleunigung des Preisanstiegs. Jede Regierung, die sich bemüht, diesen Preisanstieg unter Kontrolle zu bringen, muß daher im Interesse der Stabilisierung Maßnahmen ergreifen, die automatisch auch auf die verteilungspolitischen Auseinandersetzungen Einfluß nehmen. Dabei gibt es Stabilitätsmaßnahmen, die sich eindeutig zugunsten der Unternehmer, und andere, die sich auch zugunsten der Arbeitnehmer auswirken können.“ Hier erhofft sich die Gewerkschaft von der SPD natürlich arbeitnehmerfreundliche Maßnahmen. (6)

Der Zwischenbericht des Frankfurter Instituts für Sozialforschung stellt im Jahre 1969 fest, daß die konzertierte Aktion zwar auf „Kritik der unteren Funktionäre treffe, aber bei diesen eine wenig konsistente Einstellung zur gesamtwirtschaftlichen Kooperation“ zu finden sei. Unsicherheit und Widersprüche würden das Urteil über die Folgen einer verwissenschaftlichen Lohnpolitik beherrschen (7).

In dem Maße, wie die Gewerkschaft ihre Machtbasis gegenüber dem Kapital in einer funktionierenden und den Arbeitnehmerinteressen an „gerechter Verteilung“ wohlgesinnten Wirtschaftspolitik sieht, erscheinen selbständige Kämpfe der Arbeiter, die sich nicht um diese gesamtwirtschaftlichen kapitalistischen Zielsetzungen kümmern, als Störfaktor dieser Wirtschaftspolitik Garant für das Funktionieren

- 4) Rudolf Henschel, Konzertierte Aktion, Autonomie und Planung, in: GMH 1967, H. 4, S. 201.
- 5) Ebenda.
- 6) Erläuterung der DGB Zielprojektion (1973–1977), in: Leminsky, Otto, Politik und Programmatik des DGB, Köln 1974, S. 273.
- 7) Institut für Sozialforschung, Zwischenbericht, „Die Funktion der Gewerkschaften im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands“, Ffm 1969, S. 218/219.

des Ganzen im Interesse der Arbeiter scheint vor allem die Sozialdemokratie als Regierungspartei. Denn die Vollbeschäftigungsgarantie war zugleich aus der Sicht der Gewerkschaftspolitik eine *differentia specifica* zwischen SPD und CDU/CSU. Das unbedachte Wort des Wirtschaftsministers der CDU-Erhard Regierung Kurt Schmücker von der „gewollten Rezession“ leistete der Vorstellung, daß hier von den CDU-Machthabern Krise und Arbeitslosigkeit bewußt mit dem Ziel der Disziplinierung der Arbeitnehmer angezettelt worden sei, ebenso Vorschub, wie der rasche Aufschwung 1967 nach Amtsantritt des Wirtschaftsministers Schiller den Glauben stärkte, das moderne Steuerungsinstrumentarium und die richtige soziale Gesinnung der SPD reichten aus, um Vollbeschäftigung binnen kurzem wiederherzustellen.

Der Zusammenhang zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften erhält demnach seit 1967, seitdem die SPD in der Regierung ist, einen neuen Charakter und eine neue Qualität: Der Zweck der Organisierung der Arbeiter in der Gewerkschaft wird zunehmend weniger in der Organisierung als Machtbasis gegenüber dem Kapital gesehen, sondern in der Organisierung als Mittel, zentral die Interessen der Arbeiter in die „Vernunft“ der sozialdemokratischen Politik hineinzuvermitteln. Dies zeigt sich an innergewerkschaftlichen Konfliktpunkten, wie etwa der Auseinandersetzung um die Stellung der Vertrauensleute in der IG-Metall, exemplarisch. Die Vertrauenskörper waren einmal als Organe der Gewerkschaftsmacht im Betrieb, als Kontrollorgane der durchs Betr.VG gebundenen Betriebsräte gedacht. Im Jahre 1973 versucht nun der Hauptvorstand durch Änderung der Richtlinien zur Vertrauensleutearbeit beobachtete oder auch nur befürchtete Ansätze einer konsequenten Arbeiterpolitik im Betrieb zu unterbinden und die Vertrauensleute lediglich zu einem Ausführungsinstrument der an der SPD-Politik orientierten Politik des Hauptvorstandes zu machen. *Innengewerkschaftliche Demokratie, Verankerung der Organisation in den Betrieben, wird dann obsolet, wenn nicht mehr die Machtbasis der Arbeiter und damit der Gewerkschaftsorganisationen gegenüber den Unternehmen gesichert werden muß, und statt dessen die Gewerkschaftserfolge von entsprechender staatlicher Wirtschaftspolitik abhängig erscheinen.* Von Seiten „linksorientierter“ (wenigstens ihrem eigenen Selbstverständnis nach) Sozialdemokraten wird gar die Befürchtung geäußert, daß die Gewerkschaft eigentlich gar nicht mehr notwendig sei, da sie rationell ja nur handeln könne, wenn sie die vorgegebenen Lohnraten der Wirtschaftspolitik befolge. Lohnpolitik könne durch entsprechende Gesetze ersetzt werden. Die Gewerkschaften müßten dementsprechend versuchen, in neuen Forderungsgebieten ihre Legitimation zu suchen, wobei die Humanisierung der Arbeit als Ersatzstrategie erwogen wird. (8)

- 8) Deutlich wird dies z. B. bei H. Münstermann, Schacht, Unterseher, Handlungsfelder der Gewerkschaften, in: GM Nr. 6, 1975, S. 334. Dort empfehlen sie die Humanisierung der Arbeit als Strategie an, um einer drohenden „Radikalisierung“ der Tarifpolitik vorzubeugen. Daneben soll übrigens eine bessere gewerkschaftliche Arbeitsmarktpolitik die individuelle Mobilität erhöhen helfen.

Fassen wir die Resultate dieses gewerkschaftlichen Selbstverständnisses zusammen. Sowohl die Tarifpolitik, als auch die organisatorischen Formen derselben (zentrale Tarifaushandlung weitgehend ohne Beteiligung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben) beruhten spätestens seit dem Ende der 50er Jahre kaum mehr auf einer über Kampferfahrungen vermittelten und sie ermöglichenden Solidarität, sondern auf der Vollbeschäftigung. Diese war die eigentliche Machtbasis sowohl der Gewerkschaftspolitik, als auch der Politik der Betriebsräte. Denn die Vollbeschäftigung war eine ökonomische Machtposition der Lohnabhängigen, vermittelt über die Knappheit der Ware Arbeitskraft. Die Auseinandersetzung mit dem Kapital wurde weitgehend auf Verhandlungspolitik reduziert. Der Einsatz des Streiks galt nur als äußerstes Mittel, seine politische Funktion in einem politischen Klassenbildungsprozeß geriet vollends in Vergessenheit. Das heißt dann aber auch, daß die Gewerkschaft zur Sicherung ihrer eigenen ökonomischen Machtstellung die massive Begünstigung der Profite in der Krise durch die Regierung hinnehmen muß, wie dies 1967/68 und auch in der aktuellen Krise in Form rechtskeynesianischer Wirtschaftspolitik geschehen ist. Darüber hinaus begibt sich die offizielle Gewerkschaftspolitik jeglicher Möglichkeit, die Interessen der Arbeiter aktiv vertreten zu können: Die Daten des Klassenkampfes werden durch die Bewegung des Kapitals gesetzt, wenn sie nicht durch Aktionen unmittelbar aus den Betrieben aufgebrochen werden.

Grundlage des Verhaltens der offiziellen Gewerkschaftspolitik war das unbegrenzte Vertrauen in die Regulierungsfähigkeit eines sozialdemokratisch geführten Staatsapparates: „Inzwischen (seit Weimar, RK Gew.) hat die Wirtschaftspolitik gelernt, jedenfalls mit Beschäftigungsrisiken fertig zu werden.“ (9) Wenn dem dann doch nicht so ist, wenn trotz sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik die kapitalistische Krise mit sich entwickelnder Arbeitslosigkeit wieder in Erscheinung tritt und wenn sich in diesen notwendig im Kapitalismus auftretenden Krisen die Interessen von Lohnarbeit und Kapital nicht mehr im Kompromiß vermitteln lassen, wenn das Kapital auf sein ökonomisch vermitteltes Herrschaftsverhältnis pocht, zeigt sich eine Gewerkschaftspolitik notwendig hilf- und konzeptionslos, die die Klassenorganisation der Arbeiter in kämpferischen Auseinandersetzungen mit dem Kapital als irrationales Mittel von Politik zur Seite gelegt hat.

5. GEWERKSCHAFTSPOLITIK UND ARBEITERBEWUSSTSEIN

Doch bevor die historisch entwickelte Linie der Gewerkschaftspolitik sich – was gegenwärtig der Fall ist – vor das Problem des Scheiterns gestellt sah, hatte sie schon Erfolge vorzuweisen. Es ist bekannt, daß westdeutsche Gewerkschaften ihren westeuropäischen Kollegen gegenüber immer auf ihre tatsächlichen Erfolge in Sachen Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und die Entwicklung des Systems der

9) Die Quelle, 11/1974, S. 438.

In der Kritik an der Sozialdemokratie hat diese Beschränkung der Interessen der Gew. Bew. aus den Belastungen

sozialen Sicherung hinweisen konnten, wenn diese ihnen ihre Integration in die staatliche Wirtschaftspolitik, ihre mangelnde Streiktätigkeit, kurzum ihre fehlende klassenpolitische Linie zum Vorwurf machten. So konnte der Vorwurf auch kaum erschüttern, besagte er doch nichts über Erfolg oder Mißerfolg einer Politik. Es schien sich hier eher um Dogmatismen der westeuropäischen Kollegen aus vergangenen Zeiten zu handeln. So gingen auch wirklich fortschrittliche, an den Arbeiterinteressen und ihrer Durchsetzung orientierte Gewerkschafter davon aus, daß die Politik der westdeutschen Gewerkschaften die Politik der Zukunft darstelle. Die Italiener und Engländer würden das eines Tages auch noch einsehen.

Daß die Gewerkschaft als Organisation ihrer Funktion nach die Interessen der Lohnabhängigen innerhalb des Kapitalismus vertreten muß, daraus ergab sich kein Widerspruch für die Politik. Das „innerhalb“ wurde zur Selbstverständlichkeit in dem Maße, wie sich ein gewisses Maß an Bedürfnisbefriedigung und zivilisatorischem Lebensniveau damit vereinbaren ließ. Diese Einsicht ist aber entscheidend, will man zu einer Einschätzung kommen, welche politischen Tendenzen, vermittelt über die gegenwärtige Krise der Gewerkschaftspolitik, freigesetzt werden.

So groß auch die materiellen Erfolge waren, die die westdeutsche Gewerkschaftspolitik vorweisen konnte, so hat sich doch der Glaube ans sozialdemokratische Krisenmanagement bei der Masse der Lohnabhängigen nicht so tief verankert, wie es das gewerkschaftspolitische Selbstverständnis erscheinen lassen mag. Schon Kern/Schumann stellen in ihrer Studie aus den 60er Jahren fest: „In der Technisierung sahen seit jeher die Arbeiter eine potentielle Gefährdung ihrer Arbeitsplätze. Diese Sorge hat sich trotz der langen Phase zumindest relativer wirtschaftlicher Stabilität, der nur geringen Quote realer Arbeitslosigkeit und der sozialpolitischen Maßnahmen im Nachkriegsdeutschland kaum vermindert“. Ein Arbeiter meint: „Wenn alles automatisch geht, dann brauchen sie keine Arbeiter mehr“ (10). Über die Erfahrung, daß die Entwicklung der Maschinerie auf Dauer nicht verbunden ist mit entsprechender Arbeiterleichterung und Arbeitszeitverkürzung, die Maschinerie also nicht als Mittel der Arbeiterleichterung entwickelt wird, über diese auch in der gesamten Prosperitätsphase präsenste Erfahrung vermittelt sich die immer präsenste Angst vor der Arbeitslosigkeit. Es ist also die immer präsenste Erfahrung des kapitalistischen Produktionsprozesses, der dem Glauben ans Krisenmanagement z.B. über Geld und Kredit entgegensteht. Für die nie beseitigte Unsicherheit über das eigene Schicksal ist weiterhin die Vermittlung des Arbeitsplatzes über den Arbeitsmarkt verantwortlich. Diese gesellschaftliche Form macht täglich deutlich, auch in der Prosperität, daß es kein gesichertes Recht auf Arbeit gibt. Aber zur allgemeinen Verunsicherung tragen noch weitere Momente bei, wie etwa die Erfahrung der staatlich nicht regulierbaren Inflation, die als fortwährende Gefährdung des erreichten Lebensniveaus erscheint. Im Unterschied zu den Untersuchungen von Joachim Bergmann, der in einer Funktionärsbefragung nach den Septemberstreiks auf ein weitgehend krisenmanagementgläubiges Bewußtsein stößt – „beinahe dreiviertel (der Befragten) sind der ...Meinung, daß es möglich sei, mit

10) Kern/Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Teil I, Ffm 1970, S. 247/248.

eine große Skepsis + Zweifel über
auf dem Weg über den allwissenden Org.
(7. April 70)

einer geschickten Wirtschaftspolitik Krisen zu umgehen“ – (11) stellen Eckart u.a. bei einer Befragung von Arbeitern und Angestellten im Jahre 1971/72 fest: „Der Glaube an eine naturwüchsige, ungebrochene und stetige Tendenz zu Vollbeschäftigung und Einkommenssteigerung ist seltener zu finden, als die konkreten Erfahrungen der Mehrheit der westdeutschen Arbeiterklasse ermöglicht hätten“. Nun besagt die Tatsache allein, daß größere Teile der Arbeiter und Angestellten von der Krisenanfälligkeit des Kapitalismus ausgehen, noch wenig für die Entwicklungsperspektiven von Klassenkämpfen. Schließlich kann es sich hier durchaus auch um passive Integration handeln, die solange auf eine passive Hinnahme des im Kapitalismus erfahrenen Schicksals hinausläuft, wie sich keine Handlungsperspektiven des Widerstands zeigen. (11a) Die Einsicht, bzw. die ohnmächtige Erfahrung vom Arbeiterschicksal im Kapitalismus macht noch kein Klassenbewußtsein. Dieses vermittelt sich bekanntermaßen erst über Klassenkämpfe. Gerade die Tatsache, daß Gewerkschaftspolitik über lange Jahre erfolgreich sein konnte, ohne daß eine massenhafte Einbeziehung der Arbeiter und Angestellten in Kämpfe notwendig gewesen wäre, schlägt sich gegenwärtig wiederum als mangelnde Kampferfahrung, d.h. auch Ohnmachtsbewußtsein nieder.

Politik in den Betrieben haben in den langen Jahren der Prosperität vor allem diejenigen gemacht, die von der Machbarkeit der Entwicklung im Interesse der Arbeiter auf der Linie sozialdemokratisch-reformerischer Politik ausgegangen sind, und von ihrer Erfahrung her auch ausgehen konnten. Es handelt sich dabei natürlich wesentlich um die besser gestellten Teile der qualifizierten Arbeiter. Sie waren wichtige Träger interessenorientierter Politik im Betrieb. Aus den Erfolgen bezogen sie auch den Anspruch der Herstellbarkeit gesicherter Lebensbedingungen. Dabei ist für die Einschätzung der gegenwärtigen Situation folgendes wichtig: Im Maße der Integration der offiziellen Gewerkschaftspolitik in die staatliche Wirtschaftspolitik und im Maße des gleichzeitigen Nichtgelingens staatlicher Wirtschaftspolitik in Fragen der Preisstabilisierung bildeten sich spontane Kämpfe heraus, erinnert sei an 1969 und 1973. Diese Kämpfe basierten zum zweiten auf der Erfahrung eines verstärkten Drucks des Kapitals auf den Arbeitslohn aber auch auf die Arbeitsbedingungen. So stellen Eckart u.a. auch weiterhin fest, daß entgegen dem Vertrauen der offiziellen Gewerkschaftspolitik auf sozialdemokratische Regierungspolitik die Arbeiter inzwischen eher davon ausgehen, „daß es kollektiver Anstrengungen bedarf, um heute, im Gegensatz zu früheren Perioden in der BRD materielle

- 11) Joachim Bergmann, Neues Lohnbewußtsein und Septemberstreiks, in: Jacobi/Müller-Jentsch/Schmidt, Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch 1972, Ffm 1972, S. 176.
- 11 a) „Die wahrgenommene soziale Ungleichheit hat nicht unmittelbaren Einfluß auf das eigene Anspruchsniveau oder auf die Beurteilung der eigenen Situation, vielmehr bestimmen realistische Handlungsspielräume deren Beurteilung.“ Eckart/Herding/Jaerisch u. a., Arbeiterbewußtsein, Klassenzusammensetzung und ökonomische Entwicklung, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie 4, Frankfurt 1975, S. 55.

Verbesserungen zu erreichen.“ (12) In den spontanen und den gewerkschaftlich organisierten Streiks der Jahre nach der ersten Krise 1967 haben sich demnach wieder Momente des Bewußtseins einer kämpferischen Interessenvertretung herausgebildet. Zudem haben in den Streiks 1973 die z.T. in die Gewerkschaftsarbeit wenig integrierten unteren Schichten der Arbeiter erstmals die Initiative zu Kampfaktionen ergriffen. Auch wenn erst in der gegenwärtigen Krise erstmals wieder massenhaft die Erfahrung des antagonistischen Klassen Gegensatzes gemacht wird, wenn es zunächst Momente eines kämpferischen Reformismus waren, die sich in den Erfahrungen der letzten Jahre partiell bildeten, so finden sich hier doch Anknüpfungspunkte für Widerstand gegen die Angriffe des Kapitals. (12a) Denn die Krise zeigt ja gerade, daß reine Vertretungspolitik ohnmächtig ist, daß Verteidigung der Lebensbedingungen nur auf der Basis gemeinsamer Aktionen stattfinden kann.

Wie sich das konkret entwickelt, wollen wir am Beispiel der Entwicklung in Einzelbetrieben am Schluß des Aufsatzes zeigen. Zuvor müssen jedoch noch die Momente aufgezeigt werden, die einer solchen Entfaltung von Klassenkämpfen entgegenstehen. Denn schließlich muß erklärt werden, warum die seit Ende der 60er Jahre entwickelten Klassenauseinandersetzungen gegenwärtig nicht an Vehemenz gewinnen.

6. DIE GEWERKSCHAFTSPOLITIK IN DER KRISE ODER DIE KRISE DER GEWERKSCHAFTSPOLITIK

Im Kapitel über die Integration der Gewerkschaftspolitik in die staatliche Wirtschaftspolitik hatten wir gezeigt, daß Hilflosigkeit in der kapitalistischen Krise notwendiges Resultat der Integration sein muß. Diese Hilflosigkeit, findet in zweierlei Hinsicht ihren Ausdruck: Zum einen in der Weise, wie Gewerkschaftspolitik, ob sie will oder nicht, selbst noch auf die Konkurrenz unter den Arbeitern baut, wenn es um das Problem der Massenentlassungen geht. Zum anderen in der Aufgabe oder Zurückstellung der ganzen bisherigen Politik und der Reformpostulate.

Typisch für die gegenwärtige Situation ist zum Beispiel, daß der DGB-Vorsitzende Vetter nach dem DGB-Kongreß im Mai 1975 der Presse gegenüber entschuldigend darauf verweist, die Nichtexistenz des Themas Massenarbeitslosigkeit auf dem Kongress bedeute nicht, daß das Thema für die Gewerkschaften überhaupt kein Problem darstelle. Tatsächlich ist aber Massenarbeitslosigkeit im politischen Konzept der DGB-Gewerkschaften nicht vorgesehen und dies kennzeichnet auch die gewerkschaftliche Praxis. Ein Artikel in der Zeitung METALL vom 22.4.1975 über AUDI NSU endet folgendermaßen: Ein „älterer besonnener Arbeiter“ wird zitiert, und zwar mit den Worten „auf unserem Rücken wollen sie

12) Ebenda, S. 33.

12 a) Vgl. dazu genauer: Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Neue Momente in der Klassenbewegung 1973 in der Metallindustrie, in: PROKLA Nr. 10, S. 35 ff.

austragen, daß durch planlose private Investitionen Überproduktion entstanden ist. Das werden wir nicht hinnehmen.“ Da in dem ganzen Artikel kein Wörtchen über eine einzuschlagende Gewerkschaftsstrategie und die Schritte ihrer praktischen Durchsetzung gegen die Massenentlassungen bei VW verloren wird, kann man nur schließen, daß die Organisation den besonnenen älteren Arbeiter mit seinen Einsichten allein stehen läßt. Diese hilflose Ohnmacht der großen westdeutschen im DGB vereinigten Gewerkschaften, die auf ihrem Kongreß nicht über das dringendste Problem, die Massenarbeitslosigkeit, zu sprechen wagen, und der größten Einzelgewerkschaft der Welt, der IG-Metall, die dem besonnenen älteren Arbeiter keine Hilfestellung zu geben vermag, ist *Resultat* der Kapitalentwicklung, ihrer Erfahrung bei den Arbeitern und ihrer Reflektion in Theorie und Politik der Gewerkschaftsorganisationen. Mehr oder weniger offenen Auges setzt nun die praktische Politik z. B. des DGB auf die Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse und ihrer unterschiedlichen Schichten als Mittel wenigstens der momentanen Reduktion des Arbeitslosenproblems. Natürlich ohne dies offen zuzugeben, erhofft man sich z. B. eine Milderung über den Hinauswurf der ausländischen Arbeiter. In einem Artikel im „express“ (13) wird die „Tatenlosigkeit der Gewerkschaften“ gegenüber der diskriminierenden Politik von Bundesarbeitsminister und Bundesanstalt für Arbeit in bezug auf die ausländischen Arbeiter kritisiert: „Wenn die Gewerkschaften, wie sie immer wieder bekunden, auch die Interessen der ausländischen Arbeiter vertreten, dann dürfen sie diese Abspaltungs- und Diskriminierungspolitik nicht hinnehmen. Trotz vieler schöner Worte ist auf diesem Gebiet bislang nichts geschehen. Zwar wendet sich der DGB in einem Grundsatz-Papier vom November 1971 mit Nachdruck gegen alle Tendenzen, die den ausländischen Arbeitnehmer benachteiligen, gegen die spalterische Vergabepaxis der Arbeitserlaubnis ist aber noch nichts verlautet. Diese Vergabepaxis der Arbeitserlaubnis gefährdet die Möglichkeit, das Kündigungsschutzrecht in Anspruch zu nehmen und seitens der Betriebsräte und Gewerkschaften gegen die Lösung (des Arbeitsverhältnisses) im Einzelfall vorzugehen.“ Zwar appellierten die Gewerkschaften an Solidarität, doch dieser Appell richtet sich vor allem an die Bundesanstalt. Sie sollte diese Solidarität durch ihre Politik nicht aufbrechen. Als ob das nicht Gewerkschaftsaufgabe sei. Der Verfasser des Artikels stellt abschließend fest: „Konkrete Forderungen und Maßnahmeschritte in bezug auf die Praxis der Bundesanstalt und der Arbeitsämter leiteten sich daraus nicht ab.“ Dies zeigt sich auch in der Praxis der Gewerkschaftspolitik im Fall der VW-Massenentlassungen. Für das Verhalten der jeweiligen Betriebsräte bei VW war die Konkurrenz zwischen den einzelnen Konzernbetrieben Rahmenbedingung und bildete eine Schranke gegen die Ausdehnung von Widerstandsaktionen. „Abgesehen davon, daß die Kommunikation in einem Konzern-Betriebsrat und auch im Gesamt-Betriebsrat VW-AG sich nur auf wenige Mitglieder aus den einzelnen Werksbetriebsräten beschränkt, muß man sehen, daß sie sich weitgehend als Vertreter der Einzelwerke verstehen, und so die Interessen der

13) Kurt Samp, Arbeitslosigkeit und ausländische Arbeiter, in: express Nr. 1, 1975, S. 9.

jeweiligen Belegschaft vertreten. Hinzu kommt, daß die werksübergreifende Zusammenarbeit der Vertrauensleutekörper, die 1973 begonnen und von der IG-Metall organisatorisch durch die Einberufung einer Konferenz unterstützt wurde. . . anscheinend inzwischen wieder eingeschlafen ist. . . so mangelte es überall an Informationen über die geplanten Umstrukturierungen im Konzernbereich. Die Betriebsräte selbst verlegen sich weitgehend darauf, für ihre Werke das schlimmste zu verhüten: durch Verringerung von Aufträgen an fremde Firmen für Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten, das Nichtersetzen der natürlichen Fluktuation, freiwillige Kündigungen (Aufhebungsverträge mit Abfindungen), vorzeitige Altersregelung (für 62 und nun auch für 59jährige) und innerbetriebliche Umsetzungen auch bei Facharbeitern . . . Die Betriebsräte beschränkten sich darauf, weil sie eine Gesamtstrategie der IG-Metall in bezug auf den VW-Konzern vermißten.“ (14). Die Konkurrenz zwischen den einzelnen Konzernbetrieben wirkt dann als Daumenschraube gegen mögliche Abwehraktionen.

Versuchen wir die gegenwärtig – natürlich mit Ausnahmen – praktizierte Gewerkschaftspolitik und die Politik von Teilen der Betriebsräte auf den Begriff zu bringen, so zeigt sich, daß die über die industrielle Reservearmee vermittelte Macht des Kapitals in den Betrieben zur Kehrseite eine sich den Gesetzen der Konkurrenz beugende Gewerkschaftsorganisation hat. So wie Betriebsräte und Gewerkschaften ihre Position und die Machtbasis ihrer Politik in der Prosperität wesentlich aus der vergleichsweise guten Position der Arbeiterklasse in der Konkurrenz bezogen und ansonsten auf die Sicherung dieser Basis durch die Wirtschaftspolitik vertrauten, so schwindet diese Machtbasis eben auch durch die Automatik eines ökonomischen Gesetzes dahin. Das Kapital herrscht den Arbeitern und ihren Organisationen die Konkurrenz auf. Es macht sich jetzt bemerkbar, daß für die Arbeiter lange nicht mehr der Zwang bestand, in kämpferischen Klassenausinandersetzungen organisatorische Formen der Klasse zu entwickeln.

Statt daranzugehen, wie im Falle VW durchaus möglich wäre, als Gewerkschaftsorganisation der Politik der Einzelbetriebsräte entgegenzuwirken, gemeinsame Widerstandsaktionen der Arbeiter des VW-Konzerns organisieren zu helfen, redet sich Loderer als Repräsentant der Gesamtorganisation der Metallarbeiter darauf heraus, daß halt die Mitbestimmung noch unzureichend sei, da nicht paritätisch. Eine solche Vertröstung wird natürlich umso unglaubwürdiger, als zur gleichen Zeit die Sozialdemokratie als Regierungspartei daran geht, Zugeständnisse

- 14) Georg Panther, VW in der Krise, in: express Nr. 5, 1975, S. 4. Vgl. auch: express, Nr. 2, 1975, S. 10. Dort heißt es in einem Artikel von G. Brockdorff, Betriebsstilllegung bei DEMAG: „Zwischen den Betriebsräten des Konzerns fehlen die Verbindungen und Informationen. Die regionale Gewerkschaftsleitung muß ebenso ohne die Unterstützung einer konzernbezogenen Gesamtpolitik der IG/Metall handeln. Das öffnet Spaltungsversuchen des Kapitals Tür und Tor . . .“ „Die aus der Belegschaft, aber auch von Seiten der IG-Metall erhobene Forderung nach Schließung des DEMAG-Zweigwerkes in Irland, nach Übergabe des STÜBBE-Werkes in die Hände der Belegschaft, ja nach Schließung des weniger rentablen Konkurrenzbetriebs in Nürnberg sind nur noch Ausdruck ihrer verzweifelten Lage, weniger einer realistischen gewerkschaftlichen Strategie.“

in der Frage der Mitbestimmung an die FDP anzukündigen, und selbst diese Ankündigung ohne Widerstand von DGB-Seite hingenommen wird. Unter solchen Umständen wird aber ungläubig, daß die Gewerkschaftsführungen noch bereit sind, die Arbeiterinteressen gegen das Kapital zu vertreten. Wo die praktische Politik zeigt, daß keine Mittel der Durchsetzung von Interessen mehr angegeben werden, werden auch die Forderungen selbst ungläubig. Nur eine Gewerkschaftspolitik, die entgegen den naturwüchsigen Gesetzen der Konkurrenz die Solidarität der Arbeiter in Abwehrkämpfen zu organisieren sich anschickte, wäre unter den Bedingungen einer sich entwickelnden kapitalistischen Krise noch in der Lage, als Interessenvertretung zu agieren. Dieser Logik folgt dann auch die tatsächliche Reduktion von Forderungen. Wollte z. B. die Gewerkschaft gegenwärtig auch nur eine Politik der Reallohnsicherung betreiben, so hätten die Lohnforderungen folgendes zu berücksichtigen: Mit dem weitgehenden Wegfall der Überstunden sowie dem partiellen Wegfall von Nacht- und Schichtarbeit entfällt ein wichtiger Teil des Realeinkommens. Weitere Kürzungen sind Resultat der Streichung übertariflicher Lohnzahlungen, teils vermittelt über innerbetriebliche Versetzungen, Änderungskündigungen, Neuaufnahme der Akkordvorgabezeiten etc.. Dann wird das monatliche Einkommen einer Arbeiterfamilie durch Kurzarbeit aber vor allem auch durch die Arbeitslosigkeit selbst herabgesetzt. Nämlich dann, wenn die Frauen keine Arbeit mehr bekommen und wenn die Jugendlichen in der Familie bleiben. Diese Reallohnsenkungen sind in den Ergebnissen der letzten Tarifrunden gar nicht berücksichtigt. Lohnerhöhungen zwischen 6,8 % - 5 % gleichen kaum die Inflationsraten aus.

Könnte der Eintritt in die konzertierte Aktion im Jahre 1967 noch nachträglich dadurch legitimiert erscheinen, daß dem Lohnverzicht in der Krise die Vollbeschäftigung im Wiederaufschwung folgte, so gerät die mangelnde Verteidigung der Reallohne zunehmend perspektivlos, zumal - abgesehen von den offiziellen Prognosen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit - in den Betrieben selbst die Erfahrung gemacht wird, daß die Kapitalakkumulation dort, wo Profite gemacht werden, in der Form weiterer arbeitssparender Rationalisierungsinvestitionen getätigt wird (die womöglich noch durch das Konjunkturprogramm der Regierung subventioniert werden). In dem Maße, wie von den Gewerkschaften und Betriebsräten keine Widerstandsmaßnahmen gegen Entlassungen organisiert werden, bleibt für den einzelnen Lohnabhängigen als Handlungsperspektive zunächst wesentlich die verschärfte Konkurrenz mit den anderen um den Arbeitsplatz über Leistungserhöhung. Die Folgen arbeitssparender Rationalisierungsmaßnahmen, Intensivierung, Lohnabbau, Arbeitsplatzunsicherheit und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen werden individualisiert.

Innerhalb der offiziellen Gewerkschaftspolitik ist demnach das Verstummen über die 1973/74 noch breit propagierte Strategie der „Humanisierung“ der Arbeit nur konsequent. Das stillschweigende Zurückweichen insbesondere der IGM drückt die generell verschlechterte Position der Gewerkschaften in der Krise aus. Das Wirksamwerden der „Reinigungsfunktion der Krise“, auf das sich die Gewerkschaften eingelassen haben, schränkt ihren Handlungsspielraum entschei-

dend ein, da sie ja die Vernichtung kleiner und unrentabler Betriebe, unrentabler Technologien und Arbeitsabläufe, die Verdichtung der Poren des Arbeitstages und die Verringerung der Lohnhaupt- und nebenkosten bedeutet und damit notwendig eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einschließt. Umfangreiche und teure „Humanisierungs“-Experimente werden von den Unternehmen umso weniger akzeptiert, wie die Steigerung der Profite über Krisenmechanismen durchsetzbar ist.

Die „Humanisierungs“-Strategie des DGB, extremen Arbeitsbelastungen, Status- und Einkommenseinbußen durch ein dichtes Netz von rechtlichen Regelungen und Mitwirkungsrechten des Betriebsrates entgegenzuwirken, zerfällt in der Krise zu punktuellen Einzelaktivitäten, die die aktuellsten Löcher stopfen soll (z. B. nach der teilweisen Absicherung der älteren Beschäftigten Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit.) Waren z. B. auf dem Kongreß der IG-Metall zur Humanisierung der Arbeit Abwehrreaktionen gegen weitere Dequalifikationen, gegen leistungssteigernde Lohndifferenzierung, gegen restriktive Arbeitsinhalte, gegen gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen propagiert worden, so wird jetzt schon – als extremes Beispiel – die Regelung über Bewertungskriterien durch Vorgesetzte im Metall-Manteltarifvertrag in Bayern 1974 als erfolgreiche Durchsetzung der „Humanisierungs“-Strategie gefeiert. Man tut so, als geschähe nach wie vor etwas in Richtung „Humanisierung“, wobei unter der Hand ein rapider Prozeß der Forderungsreduktion stattfindet. Eine wirkliche Konzentration auf die entscheidenden Fragen der Absicherung, die Sicherung des Arbeitsplatzes und die Tarifierung möglichst aller Lohnbestandteile – die eigentlich zentrale Bestandteile des gewerkschaftlichen „Humanisierungs“-Verständnisses sein müßten, kann sich bei der bundesrepublikanischen Spezies von Gewerkschaftspolitik kaum herausbilden. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß, obwohl in der Krise das Interesse an der Sicherung des Arbeitsplatzes und der Erhaltung des Einkommensniveaus bei den Beschäftigten in den Vordergrund gerückt ist, insb. in der Automobilindustrie auf Betriebsebene Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen diskutiert werden, daß Bewußtsein über die Notwendigkeit solcher Forderungen nicht einfach durch die Krise vernichtet ist. Solche Gewerkschaftspolitik, deren Bezugspunkt Georg Neemann im letzten DGB-Geschäftsbericht so formuliert: „Wirtschaftspolitische Vorstellungen der Gewerkschaften können aus der Natur der Sache heraus nur über die Regierung und mit der Regierung politisch umgesetzt werden.“, solche Gewerkschaftspolitik setzt eher auf eine so unabgesicherte Konzeption wie *Investitionslenkung*. Aber auch hier findet eine Reduktion statt, wie Loderers Aussage: „Gegen jede Investitionskontrolle, für Investitionslenkung“ deutlich macht. So dient die breite Diskussion dieser Forderung z. B. auf dem letzten DGB-Kongreß gegenwärtig mehr als Ablenkungsstrategie denn als Strategie gegen die Krisenauswirkungen. Investitionskontrolle kann dann eine sinnvolle Forderung werden, wenn man mit ihr die Entwicklung von gewerkschaftlichen Machtpositionen meint, von denen aus etwa kontrolliert werden kann, daß staatlich subventionierte Investitionen nicht zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen benutzt werden, In Italien z. B. wird die Forderung als Mittel im Kampf gegen Entlassungen eingesetzt. (Vgl. den Aufsatz in diesem Heft). Demgegenüber

meint der Antrag, den die IG-Metall auf dem Bundeskongreß des DGB in diesem Jahr einbrachte, nichts anderes als eine rationalisierte, durch verbesserte Information organisierte Wirtschaftspolitik, ohne auch nur die Perspektive eines Eingriffs in die Autonomie der Unternehmen zu entwickeln.

Gerade von den auf die Erhaltung des kapitalistischen Systems verpflichteten Gewerkschaftsfunktionären wird gerne die gegenwärtig mangelnde Kampfbereitschaft als Indiz für die Richtigkeit der offiziellen Gewerkschaftspolitik aufgeführt. Dies dient als wesentlicher Legitimations- und Integrationsmechanismus. Hier muß demgegenüber klar unterschieden werden zwischen den Teilen der Gewerkschaft, die, institutionell und ihren Funktionen nach, voll verflocht sind in die staatliche Politik und Wirtschaftspolitik, und darin ihre Machtbasis sehen, und der Masse der Mitglieder, die über die Konkurrenz selbst diszipliniert sind. An diesem Punkt wird die Unterscheidung zwischen Teilen der Organisation als Gewerkschaftsapparat und Basis durchaus inhaltlich sinnvoll. Nur scheinbar stützt sich nämlich eine solche Politik des Apparats auf die ‚untätige‘ Basis. Dieser Legitimationsmechanismus kann jedoch nur aufgebrochen werden über Widerstandsaktionen in den Betrieben und auf örtlicher Ebene. Denn es muß unterschieden werden zwischen den Teilen der Gewerkschaftsorganisation, welche selber Machttträger des politischen Systems sind, und den aktiv reformerischen Teilen, denen der Klassengegensatz unmittelbar in ihrer Arbeit gegenwärtig ist und denen die Grenzen der Konfliktvermeidung über Manipulation im Zweifelsfall auch schon deutlich geworden sind. Hier stellt sich die Frage, wie das breit vorhandene reformerische Selbstverständnis von der Machbarkeit der Ziele gewerkschaftlicher Politik (angemessener Lohn, Arbeitsplatzsicherheit und humanere Arbeitsbedingungen) sich in der Auseinandersetzung mit dem Kapital in der Krise verändert.

7. DAS SYSTEM DER SOZIALEN SICHERUNG FÄNGT DIE WIRKUNGEN DER KRISE NOCH TEILWEISE AUF UND INDIVIDUALISIERT DAS PROBLEM DER ARBEITSLOSIGKEIT

Daß in einer historischen Krisensituation, wo sich die nur unterschiedlich erscheinenden Interessen von Arbeit und Kapital (als quasi pluralistischen Gruppen) zu entgegengesetzten und nicht miteinander zu vereinbarenden Klasseninteressen herausarbeiten, noch kaum Ansätze zur solidarischen und über Klassenkämpfe vermittelten Organisierung entwickelt werden, hängt natürlich auch damit zusammen, daß das Netz der sozialen Sicherung als Lösungsform des Problems der Arbeitslosigkeit noch zu funktionieren scheint. Arbeitslosigkeit bedeutet gegenwärtig nicht unbedingt materielles Elend. Eine Menge Fluchtpunkte funktionieren noch. So fängt das erst kürzlich eingeführte System der flexiblen Altersgrenze einen Teil potentieller Arbeitslosigkeit auf. Und ist es nicht in der Tat ein historischer Fortschritt, wenn die abgearbeiteten Alten früher aus der Mühle des kapitalistischen Produktionsprozesses ausscheiden können? Kommen nun noch betriebliche Ausgleichszahlungen bis zum Erreichen der Altersgrenze hinzu, so mag das Ausscheiden aus dem

Arbeitsprozeß als gar kein so großes Problem empfunden werden, im Gegenteil. Insgesamt sind die älteren Arbeiter von den Massenentlassungen nicht so hart betroffen, da für sie in den letzten Jahren ein teilweise wirksamer tarifvertraglicher Kündigungsschutz durchgesetzt werden konnte. Und dann gab es ja noch die Erhöhung des Arbeitslosengelds auf 68 % durch die sozialliberale Koalition zu Beginn der Krise. Die Verordnungen zur Verlängerung der Kurzarbeit auf zwei Jahre ließen zusätzlich den Staat im Licht dessen erscheinen, der gegen Arbeitslosigkeit bzw. ihre Folgen schützt. So folgert denn auch der SPIEGEL: „Das massive Angebot an Rundumsicherung hat politische Stabilität in einem Ausmaß besorgt, das kein Politiker für möglich gehalten hat.“

In der Tat wirkt das System der Sozialen Sicherung, sowohl die gesetzlich, als auch die tariflich festgesetzten Maßnahmen dahingehend, über partiellen Schutz von arbeitslosen Individuen und von bestimmten Gruppen der Arbeiter (z. B. die älteren) das Klassenproblem der Massenarbeitslosigkeit auf individueller Ebene anzugehen. In dieser Weise agiert gegenwärtig auch noch die IG-Chemie, wenn sie per Tarifvertrag sich von der Verantwortung zurückziehen sucht noch irgendeine größere Aktion gegen Massenentlassungen in die Wege leiten zu müssen. Das Thema Entlassungen ist mit dem hinter dem Rücken der Gesamtorganisation vom Hauptvorstand getätigten Vertragsschluß über die Bildung eines von Arbeitgeberverband und Gewerkschaften arbeitsgemeinschaftlich verwalteten Fonds für einige wenige entlassene Chemiarbeiter ad acta gelegt. „Die Chemieunternehmer können nunmehr mit dem Hinweis auf die Unterstützungsleistungen leichter Arbeiter ‚herausrationalisieren‘ als früher!“ (15) Dort, wo also Hauptvorstände gegenwärtig tarifpolitisch in bezug auf Arbeitslosigkeit agieren, läuft ihre Strategie praktisch auf eine Individualisierung des Problems der Massenarbeitslosigkeit, auf eine Negation derselben als Klassenproblem hinaus.

In der gleichen Richtung, nämlich die Massenarbeitslosigkeit bzw. die Massenentlassungen auf die Ebene von individuellen Problemfällen herabzudrücken, wirken z. T. auch die Befugnisse der Betriebsräte. Gerade die Möglichkeit, bei der Auswahl der zu Entlassenden mitzuwirken, stellt den Betriebsrat vor die Schwierigkeit, der Massenarbeitslosigkeit als einzelner sozialer Problemfall, als individueller Tragödie zu begegnen. Auch die Praxis, den Entlassungen grundsätzlich nicht zuzustimmen – eine Praxis, die inzwischen auf der unteren Gewerkschaftsebene z. T. regional empfohlen wird – enthebt ihn nicht der Aufgabe, mehr oder weniger stichhaltige Begründungen für die Nichtzustimmung an das Arbeitsgericht zu schicken. Er wird, ob er will oder nicht, in eine Position hineingedrängt, in der er gleichsam Schicksal für die einzelnen Kollegen spielen muß, diese von ihm Hilfe erwarten, und damit die Entlassung selbst als vom Kapital getätigt sogar aus dem Blickfeld des einzelnen Entlassenen geraten mag. Mechanismen einer Vertreterpolitik werden damit in der Krise zunächst noch verstärkt, obwohl auf der anderen

15) Göttinger Betriebs-Express, Nr. 11, April 1975. Vgl. auch: A.B. Timm, Chemietarifunde ohne Vertrauensleute, in: express Nr. 4, 1975, S. 4.

Tarifpolitik 75. unter dem Zeichen der
Zerstückelung

Seite deren Grenzen und Ohnmacht sichtbar werden. Schon jetzt allerdings versagt das System der sozialen Sicherung an den Punkten, wo traditionell keine Probleme erwartet wurden. Dem Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer steht die mangelnde „soziale Vorsorge“ für die massenhafte Arbeitslosigkeit der Schul- und inzwischen auch zunehmend der Studienabgänger entgegen. Auch in diesen Punkten ist die Gewerkschaftspolitik bisher über Proteste nicht hinausgekommen. Zwar hört man von DGB-Seite, daß schrittweise vor allem die Jugendarbeitslosigkeit durch neue tarifvertragliche Bestimmungen angegangen werden soll, aber dabei dämmert auch, daß es sich nur um das Stopfen eines Loches handeln wird, was dazu führt, daß an anderer Stelle die Arbeitslosigkeit sich vergrößert. Überhaupt zeigt sich hier nur wieder, daß der Gewerkschaftspolitik jede Vorstellung von der Möglichkeit einer *allgemeinen* kapitalistischen Krise und der Arbeitslosigkeit als Klassenproblem fehlt. Rationalisierungsschutzabkommen gingen wesentlich immer von Mobilitätsschwierigkeiten bei der technologischen Umstellung und der Verschiebung des Wachstumsschwergewichts zwischen einzelnen Branchen aus. Das gleiche findet sich in der Krisenerklärung des DGB: Krise wird als Strukturkrise einzelner Branchen begriffen. Damit fällt übrigens der DGB noch hinter Keynes zurück, der durchaus eine Vorstellung von der allgemeinen kapitalistischen Krise hatte. Aber dies nur als Anmerkung.

Noch werden also gegenwärtig tarifvertragliche und gesetzliche Sozialleistungen als Mittel angesehen, Arbeitslosigkeit individuell erträglich zu machen. Doch das Gerücht von der notwendigen sozialen Demontage nimmt progressive konkretere Formen an.

In dem Maße, wie eine Subventionierung des Sozialversicherungssystems über den Staatshaushalt auf die Grenze der Krise dieses Staatshaushalts stößt, ist absehbar, wie dies auf den *Reallohn* der Arbeiterfamilie zurückschlägt:

- durch mögliche Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, Sozialversicherung usw.
- durch Veränderung der Zumutbarkeitsgrenzen bei der Frage des Arbeitslosengeldes
- durch den Zwang zur Verteilung des Familieneinkommens von weniger Verdienenden auf mehr Familienmitglieder angesichts hoher Arbeitslosigkeit

So lasse sich eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nur bei einer „Bereinigung und Durchforstung des Arbeitsförderungsgesetzes“, nach Aussagen von Arendt (16) vermeiden – und dies auch nur dann, „wenn die *Arbeitslosenzahl nicht exorbitant* hoch bleibt“. Eine solche Hoffnung aber ist gegenwärtig illusorisch. Arendt spricht in diesem Zusammenhang dunkel davon, daß „es Tabu in der sozialen Gesetzgebung“ nicht geben kann, und „daß wir alle sozialen Leistungen zahlen“. Ziel der *Durchforstung* über eine Gesetzesnovelle zum Arbeitsförderungsgesetz ist es, „die bislang großzügige Gewährung von Arbeitslosengeld und Fortbildungshilfen“ einzudämmen. Anhand einer Konkretisierung der *Zumutbarkeit* soll der Entscheidungsspielraum eines Arbeitslosen, eine vom

16) Handelsblatt, 1.7.75.

Arbeitsamt angebotene Tätigkeit abzulehnen, weiter eingeschränkt werden. Diese Senkung der Zumutbarkeitsschwelle führt zum Zwang zu höherer „Mobilität“, auch unter entscheidend schlechteren Bedingungen (Lohn, Ortswechsel) Arbeitsplätze anzunehmen. Dies ändert am Ausmaß der Arbeitslosigkeit nichts und verschärft gleichzeitig den Druck gegenüber Beschäftigten wie gegenüber den Arbeitslosen. Frauen z. B., die aufgrund der Kinderversorgung weniger „konzessionsfähig“ sind, sollen nach zweimaliger Ablehnung einer vom Arbeitsamt ihnen zugemuteten Tätigkeit kein Arbeitslosengeld mehr erhalten dürfen. (17) Propagiert wird eine Verschärfung der Regelungen insbesondere in den bürgerlichen Massenmedien schon seit geraumer Zeit, etwa, wenn in Bild vom „Drohnenleben der Arbeitslosen“ die Rede ist, welche eine zu hohe Arbeitslosenunterstützung verbubelten, statt zu diktierten – niedrigeren – Einstellungslohnen Arbeit anzunehmen. Oder auch, wenn in Quick über die Arbeiter von Kalletal hergezogen wird, als gäbe es im Konzern genügend Angebote sicherer Arbeitsplätze, welche von den Arbeitern jedoch ausgeschlagen würden; so dann lapidar heißen: Diese Arbeiter seien „lieber arbeitslos als heimatlos“.

8. EIN NEUER SOZIALDEMOKRATISCHER STRATEGIEVORSCHLAG ZUM KRISENMANAGEMENT!

Mehr noch als die 66er Krise zeigte sich in der Krise 1974/75, daß der Staat die Krise nicht verhindern kann und daß auch Ausweichstrategien wie

- lieber 5 % Arbeitslosigkeit,
- notwendige Anpassungsprozesse einzelner Branchen und
- Wirkung der Ölkrise. . .

nicht mehr akzeptiert werden können. Es zeigen sich aber nicht nur die Grenzen des Staatseingriffs gegenüber der kapitalistischen Akkumulation, es zeigt sich vor allem auch, daß der Staatseingriff – einmal erfolgt – sogar die Herausbildung einer kapitalistischen industriellen Reservearmee befördern kann, solange er nur über das Medium Geld auf die Akkumulation Einfluß nimmt: „Investitionszulagen“ kann deshalb heißen

- Zulagen zu Rationalisierungsinvestitionen,
- Zulagen, die den Konzentrations- und Zentralisationsprozeß der Kapitale fördern. Die Tatsache, daß keine Bedingungen an die Vergabe geknüpft sind, die in die gebrauchswertmäßige Reproduktion des Kapitals eingreifen könnten, ist in der Tat wesentlich auf das Fehlen einer linken Kraft zurückzuführen.

Dabei kann davon ausgegangen werden, daß die Herausbildung von Massenarbeitslosigkeit als Dauererscheinung den SPD-Planungsstrategen durchaus bekannt sind und als notwendige Anpassungsprozesse in der vagen Hoffnung, irgendwann bessere sich mal irgendwas wieder, akzeptiert werden. Umso schwerwie-

17) Ebenda.

gender ist es eben, daß auch von Gewerkschaftsseite hierzu keine Stellungnahme vorliegt, keine Konzeption für eine Alternative Politik gegenüber der auf katastrophale Beschäftigungsauswirkungen hinauslaufenden Politik der Sozialdemokratie entwickelt sind. Denn wenn jetzt Forderungen auf arbeitsplatzschaffende Investitionen durchgesetzt werden sollten, müßten die Voraussetzungen für eine Strategie gegen die Profitlogik des Kapitals entwickelt werden. Demgegenüber setzt etwa die Konzeption der Investitionslenkung – ausgehend von der falschen Krisenerklärung der durch Fehlplanung erzeugten Überproduktion in einzelnen Industriezweigen, – an der Profitabilität des Kapitals wesentlich an, und nicht an den unmittelbaren Interessen der Arbeiter zur Sicherung der Arbeitsplätze. Andererseits wird das Problem gesehen, wenn etwa der Vorsitzende der Postgewerkschaft auf dem DGB-Kongreß die unzureichende Auflagenerteilung bei den Investitionssubventionen beklagt. Aber über die Klage hinaus kommt er halt auch nicht. Trotzdem muß davon ausgegangen werden, daß sich der Druck der Arbeiter auf ihre Organisationen zur Verteidigung gegenüber dem Kapital vermehren wird, und daß sich die Einsicht herausbildet, daß es nicht die SPD-Wirtschaftspolitik ist, die die Lebensbedingungen sichert.

Mit dem Andauern der Krise und der Massenarbeitslosigkeit, mit dem Schwinden der unmittelbar materiellen Basis sozialer Integration, mit der Ankündigung der Demontage des Systems der sozialen Sicherung muß sich deshalb sozialdemokratische Regierungspolitik neue Legitimationsformen überlegen und neue Momente politischer Praxis herausarbeiten, die die Gesellschaftskrise reflektieren. Auch der Zusammenhang mit der Gewerkschaftspolitik kann sich nicht einfach mehr auf eine vermeintliche Basis gesamtwirtschaftlicher Vernunft berufen. Hier ist nun ein kürzlich veröffentlichter Aufsatz des SPD-Planungstheoretikers Scharpf von hervorragender Bedeutung der die Logik einer auf den Kapitalismus verpflichteten sozialdemokratischen Politik in aller zynischen Offenheit zeigt. Scharpf macht einen Vorschlag zur passiven, konfliktvermeidenden Integration der Arbeiter und der Gewerkschaften und sucht ihn mit der aus einem Vergleich zur Weimarer Zeit gewonnenen Drohung der faschistischen Reaktion zu legitimieren. Diese Gefahr begründe die Notwendigkeit einer Anpassung an als unvermeidlich angesehene Prozesse und den Verzicht auf „Verteilungskonflikte“. Nur so könnten sich „linke und mittlere Demokraten“ halten. Der angestrebte Verzicht auf gewerkschaftliche Kämpfe um Arbeitsplätze und Lohn vermeide, daß „die drohende Krise unvermeidlicherweise zu einer Krise des politischen Systems werde.“ (18) Die demagogisch vereinfachte Alternative: Sozialismus oder Faschismus – in der offenen Krise – ermöglicht ihm die Antwort: Faschismus soll durch Anpassung und Zurichtung an die Bedingungen des Kapitals, durch Lähmung der Gewerkschaften vermieden werden. (Hier sei nur bemerkt, daß kein ernst zu nehmender Linker je behauptet hat, eine in der BRD einbrechende kapitalistische Krise würde unmittelbar den

18) Fritz W. Scharpf, Krisenpolitik, in: Thema Wirtschaftspolitik, Materialien zum Orientierungsrahmen 85 der SPD, Bonn-Bad Godesberg 1974.

Sozialismus zur Folge haben.) „Der Ruf nach dem starken Mann“ könnte durch das offene Scheitern der linken und mittleren Demokraten eine unwiderstehliche Attraktivität gewinnen. (19) Dem könne durch eine Krisenpolitik begegnet werden, die „die unvermeidlichen Umstellungsprozesse frühzeitig definiere . . . und planmäßig ins Werk setze“, und durch welche „Unternehmer und Arbeitnehmer sich auf die notwendigen Anpassungsprozesse einrichten“ könnten. Denn „das offen ausgesprochene Krisenrisiko und die antizipierende Krisenplanung (kann) eine solidarische Situation begründen, in der der Staat, die Regierung und die Regierungsparteien zu notwendigen und verlässlichen Partnern in der gemeinsamen Problembewältigung für die öffentliche Meinung die Arbeitnehmer und die Unternehmer werden. In einer solidarischen Situation wäre es dann für alle Beteiligten ein gravierender Verlust an Sicherheit, wenn diese Partnerschaft politisch in Frage gestellt würde.“ (20) „Gemeinsame Planungseinrichtungen zwischen Staat, Wirtschaft und Gewerkschaft über die enge Zielsetzung der konzentrierten Aktion hinaus, sind in der Bundesrepublik bisher nicht üblich gewesen.“ Aber es könnte für die Beteiligung an einem solchen Planungskartell „gerade der Mitbestimmungskompromiß bei uns neue, günstige Voraussetzungen schaffen, . . .“ Der Begriff von Solidarität, wie er hier angestrengt wird, bezeichnet die kaum noch verhüllte Zusammenarbeit der Herrschenden, von „Staat, Regierung und Regierungsparteien“ zur verlässlichen, sicheren und andauernden Etablierung eines Krisen-Machtkartells, eine Zusammenarbeit, die die „Solidarität“ der Demokraten gegen Interessenwahrnehmung der Arbeiterorganisationen propagiert. (21) Soziale Bewegungen der Arbeiter zur Erhaltung ihrer Existenzbedingungen, ein selbstverständliches demokratisches Recht, gefährden also die Machtposition „linker und mittlerer Demokraten“ und sind abzulehnen bzw. zu verhindern. Die Rechtfertigung dafür liefert die Beschwörung, bei Konflikten entwickle sich mit hoher Wahrscheinlichkeit eine politische Radikalisierung nach rechts. Eine solche Argumentation ist darauf gerichtet, die Entwicklung einer Handlungsperspektive der Arbeiter zur gegenwärtig allein dringlichen Verteidigung existentieller Interessen, welche überhaupt erst die Basis der Entwicklung einer sozialistischen Perspektive bieten könnte, zu unterbinden: eine an demokratische Sozialisten gerichtete Empfehlung, die weder demokratisch, aber dafür antisozialistisch ist.

Faschismusfördernd sollen demnach gewerkschaftliche Abwehrkämpfe sein, die den Versuch machen, der ungehinderten Herrschaftsausübung des Kapitals Grenzen zu setzen, wie dies gerade zur Einschränkung des Ausmaßes der Arbeitslosigkeit in anderen westeuropäischen Ländern durchaus mit Erfolg, natürlich und notwendigerweise innerhalb des Kapitalismus entwickelt ist. Der

19) Ebenda, S. 17.

20) Ebenda, S. 26.

21) Mit dieser enthüllenden Verwendung des Solidaritätsbegriffes wird klar, daß ein solches Konzept sich unmittelbar gegen die Linken richtet. Mit dieser „Solidarität“, deren partnerschaftliche Konsequenz politisch nicht in Frage gestellt werden darf, lassen sich Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse legitimieren.

Zeitpunkt ist absehbar, zu dem wir nicht trotz, sondern wegen des Fehlens der „englischen Krankheit“ Streik die höchsten Arbeitslosenziffern Westeuropas haben werden, und erst recht die höchsten Raten in der Verringerung der Industriebeschäftigung. Die den Arbeitsorganisationen unter der Beschwörung faschistischer Gefahr anempfohlene Selbstlähmung könnte allerdings, im Falle ihrer Praktizierung, in der Tat die aus Enttäuschung über jene Schwäche der eigenen Interessenwahrnehmung mögliche Orientierung nach rechts, auf eine regressiv-autoritäre Identifikation mit jenen beschworenen starken Männern, bedeuten.

Daß das Konzept von Scharpf in der Sozialdemokratie Anklang findet, zeigt ihre falsche Verarbeitung der Faschismuserfahrungen, nach der jede nicht institutionalisierte soziale Auseinandersetzung der Arbeiter für ihre Rechte als potentiell nach rechts schlagende politische Radikalisierung denunziert wird und folglich zu vermeiden sei, eine auf jeden gewerkschaftlichen Konflikt erweiterte Variante der Identifikation von Rot und Braun. Das Problem dabei ist, daß unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen sich die offizielle Gewerkschaftspolitik z. T. in der Tat im Sinne einer solchen Integrations- und Stabilisierungspolitik integrieren läßt. Offenen Klassenauseinandersetzungen soll die Perspektive der Machtentwicklung abgeschnitten werden.

9. WAS BEFÖRDERT DEN KLASSENWIDERSTAND, WAS WIRKT IHM ENTGEGEN?

Fassen wir zusammen: Die Kernfrage nach sich entwickelnden Widerstandsmomenten richtet sich auf die Auflösung der teils aktiven teils passiven Integration der Arbeiterklasse in die kapitalistische Produktionsweise, ohne daß eine sozialistische Perspektive schon vorhanden wäre. Was sind also die hemmenden, was sind die vorwärts treibenden Momente einer solchen Auflösung?

1. Über die industrielle Reservearmee verschärft sich zunächst naturwüchsig die Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse und treibt, gerade angesichts mangelnder Klassenerfahrungen, in die Isolation. Die Herrschaft des Kapitals erscheint deshalb umso unangreifbarer. Regt sich Widerstand im Betrieb, so kann die Entlassung als Druckmittel ganz anders eingesetzt werden, als in Phasen der Vollbeschäftigung. Die existierenden sozialpolitischen Sicherungen verhindern darüberhinaus noch ein Aufbrechen härtesten materiellen Elends. Auch im Bewußtsein gelten sie solange als potentielle Sicherheit, als die Arbeitslosigkeit als vorübergehender Konjunkturunfall erscheint.
2. Die Bindung der offiziellen Gewerkschaftspolitik an die SPD-Regierungspolitik und die entsprechende Kapitallogik, basierend wesentlich auf der Vorstellung und Erfahrung gesicherter Vollbeschäftigung, führt in der Praxis dieser Politik dazu, die Arbeiter selbst ihrer Konkurrenz untereinander und so der Bewegung des Kapitals voll auszuliefern. Damit wird aber auch die Möglichkeit erschwert, für andere Forderungen einzutreten, wie Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Abwehr der Reallohnsenkung. Dem naturwüchsigen Zustand, wie er oben

beschrieben, wird demnach von einer offiziellen Gewerkschaftspolitik nicht entgegengearbeitet. (22) In der Gewerkschaft existiert ein tiefverwurzeltes Verständnis von der *Erhaltung der Einheit der Organisation um jeden Preis*, das sich auch auf die jeweilige Politik erstreckt und Kritik so unterbinden und mit Isolierung oder Ausschluß bedrohen kann. Auf dieser Basis versuchen rechtssozialdemokratische Tendenzen den Gewerkschaftsleitungen mit der Beschwörung der Einheit als angeblicher Stärke die Gewerkschaft auf eine Politik faktischer Richtungsgewerkschaft zu verpflichten und kämpferische Ansätze in der Krise zu unterdrücken. Dies läuft auf eine Schwächung der Organisation hinaus. (23)

3. Ein selbständiger Widerstand hat es umso schwerer, als selbständige Klassenkampfverfahren insgesamt noch keinen allzugroßen Umfang haben, die Erfahrung des antagonistischen Klassengegensatzes überhaupt kaum gemacht wurde und dementsprechend auch noch wenig handlungsfähige Machtorgane innerhalb des Betriebs und über ihn hinaus in Auseinandersetzung mit der SPD-orientierten Gewerkschaftspolitik entwickelt sind. Die ohnehin geringen Kampfverfahren sind zusätzlich durch die Distanzierung der Gewerkschaftsleitungen von den Streikbewegungen im Jahre 1973 relativiert worden. Es sind nur wenige Betriebe, wo die Kampfverfahren schon bis zu einer bewußten und organisatorische Ausdrucksformen findenden Auseinandersetzung mit einer sozialdemokratisch-sozialpartnerschaftlichen Politik gelangt sind. Wo sich solche Ansätze entwickeln, stehen sie zudem häufig unter der Drohung der Sanktionierung über Gewerkschaftsausschlüsse.

Als den Widerstand vorantreibende Momente können demgegenüber angegeben werden:

1. Die Erfahrung zeigt, daß sich Widerstand in der Krise nur von den Beschäftigten her entwickeln läßt. Wie schlägt also die Arbeitslosigkeit auf die Beschäftigten zurück? Die Konkurrenz um die Erhaltung des Arbeitsplatzes wird vom Kapital als Machtgrundlage der Arbeitsverschlechterung, der Reallohnsenkung und der Dequalifikation genutzt. Gesundheitsverschleiß geht mit der Arbeitsintensivierung einher. Dieser Druck verstärkt sich in dem Maße, wie das System der sozialen Sicherung in die Krise hineingezogen wird, und damit Arbeitslosigkeit unmittelbar zum Gegenstand gewerkschaftlichen Kampfes werden kann. Für die Arbeitslosen bedeutet die

- 22) Wir können hier festhalten, daß das Schicksal des Arbeiters in der BRD eben deshalb noch als aus der Ökonomie quasi ableitbar erscheint, weil die Widerstandsformen gegen die Bewegung des Kapitals und deren Auswirkungen auf die Lage der Lohnarbeiter nur schwach entwickelt sind und zudem – wie wir gezeigt haben – die offizielle Gewerkschaftspolitik noch dazu beiträgt, die Arbeiter der Kapitalbewegung auszuliefern.
- 23) Dies mag erklären, u. a., daß rechte Betriebsräte trotz des offensichtlichen Scheiterns ihrer Politik in den BR' Wahlen noch von beträchtlichen Teilen gewählt worden sind. Nach Erfahrungsberichten von Persönlichkeitswahlen, also Wahlen, die nicht die Frage der Organisation mit zum Thema machten, ist die Tendenz, konsequente Interessenvertreter zu wählen, noch weit stärker ausgeprägt als wenn linke Listen zur Wahl standen. Das zeigt sich selbst noch an den permanenten Schwierigkeiten, die die SPD mit ihrer eigens zur besseren Integration zgedachten Arbeitnehmer-Arbeitsgemeinschaft hat.

Krise des Sozialversicherungssystems Verstärkung der Tendenz zur Senkung ihres Lebensniveaus und zur Dequalifikation. Die Drohung sozialer Deklassierung in der Arbeitslosigkeit verschärft sich. Die Inflation stellt zusätzlich eine dauernde Bedrohung des erreichten Lebensniveaus dar.

2. Insgesamt sind damit aber Momente gesetzt, die die Erfahrung der *Lohnarbeiterexistenz als Klassenexistenz* hervortreiben. Zum einen produziert die Krise Nivellierung zwischen den verschiedenen Schichten. Zum zweiten schwindet die Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit als vorübergehenden Betriebsunfall mit leidlich materieller Sicherung zu verharmlosen. Der Druck, sich gegen Entlassungen zur Wehr zu setzen, steigt.

3. Diese Erfahrungen treffen auf die tradierte, an Vollbeschäftigung orientierte Gewerkschaftspolitik. Diese erweist sich mit der Auflösung von Wachstumsillusionen und der Illusion von der Machbarkeit der Konjunktur als *perspektivlos* im Sinne einer Interessenwahrnehmung der Lohnabhängigen. Ihre Legitimation wird äußerst dürftig, wenn sie einzig negativ erfolgt: Nämlich aus dem Mangel einer Perspektive der Machtentfaltung angesichts drohenden Drucks und der möglichen Verschärfung innergewerkschaftlicher Repression. Denn einer Politik, die keine Perspektive der Interessenwahrnehmung mehr zeigt, steht die breite gewerkschaftliche Tradition gerade in den unteren Funktionärsschichten entgegen. Im Unterschied zur SPD-Mitgliederstruktur existiert eben in den Gewerkschaften ein – z. T. reformistisches – Verständnis wirklicher Interessenwahrnehmung zur Durchsetzung des Rechts auf Arbeit, auf Gesundheit, auf eine angemessene Reproduktion, gerade auf der Basis auch der verbesserten Lebensbedingungen in der Prosperität. Dieses wird bei Verletzung dieser Rechte mobilisiert.

10. BELEGSCHAFTEN SAMMELN KLASSENERFAHRUNGEN UND ERFÄHRUNGEN IM KLASSENKAMPF

Doch versuchen wir, die dargestellten Tendenzen in Momenten historisch existenter sozialer Bewegung noch einmal genauer aufzuweisen. Zu diesem Zweck greifen wir wesentlich drei Fälle heraus, bei denen Massenentlassungen entweder unterschiedlichen Charakter haben, oder auf unterschiedliche historische Erfahrungen treffen. *VW Kassel* ist ein relativ junger Betrieb mit neu zusammengesetzter Arbeiterschaft, die bisher noch keine einschneidenden Erfahrungen mit der Verunsicherung der Arbeiterexistenz im Gefolge der kapitalistischen Akkumulation hatte. *Opel Bochum* ist dadurch gekennzeichnet, daß größere Teile der Belegschaft aus dem Ruhrbergbau gekommen sind. Sie haben die Erfahrung von Betriebsstillegungen und Massenentlassungen schon einmal gemacht. *Erwitte und Kalldorf* sind Betriebe, wo die drohende Stilllegung aufgrund der regionalen Situation keine Perspektive auf Wiederbeschäftigung eröffnet. Unterschiedlich sind zudem die politisch-organisatorischen Bedingungen. Bei *VW-Kassel* existiert ein linkssozialdemokratisch orientierter Betriebsrat, der bei den diesjährigen Betriebsratswahlen mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt wurde. Schon vor mehreren Jahren wurde damit begonnen,

in den Abteilungen, z. T. auch in denen der ausländischen Arbeiter, eine sorgfältige Vertrauensleutearbeit zu organisieren. Opel-Bochum ist durch seinen rechtssozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden Perschke und durch den großen Erfolg einer linken Betriebsgruppe bei den letzten Betriebsratswahlen bekannt geworden. In Erwitte und in Kalldorf finden wir Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, die traditionell an einer selbstbewußten und kämpferischen Interessenvertretung orientiert sind, und die voll in die Auseinandersetzungen der Belegschaften mit dem Kapital integriert waren. Deutlich werden soll vor allem, wie die Erfahrung selbst zeigt, daß die individuelle Konkurrenz kein Fluchtpunkt vor den Angriffen des Kapitals zu bilden vermag, in welcher Weise also das Kapitalverhältnis als Klassenverhältnis sichtbar wird. Dazu soll über VW-Kassel berichtet werden. Opel Bochum zeigt dann den Prozeß im fortgeschritteneren Stadium, wo sich nämlich Momente des Klassenwiderstands und des Klassenbewußtseins entwickeln. Das nur kurz skizzierte, weil allgemein bekannte Beispiel Erwitte steht nicht in direkter Fortsetzungslinie zu VW und Opel. Hier handelt es sich vielmehr darum, zu zeigen, wie durch die Betriebsstilllegungsdrohung Klassenerfahrung in ganz kurzer Zeit entsteht, und wie reformistisch orientierte kämpferische Teile der Gewerkschaftsorganisation die Klassenauseinandersetzungen mit organisieren.

a) VW-Kassel, oder: Die Erfahrung des Klassenschicksals (24)

Die Massenentlassungen bei VW-Kassel gingen bisher sang- und klanglos über die Bühne. Sie erschienen gar nicht als solche, sondern als „freiwilliges“ Verlassen des Betriebs. Aus Berichten von Vertrauensleuten geht hervor: Ausländer wurden natürlich ohne großes Aufheben entlassen. Dann gab es die Aufhebungsverträge. Der Unternehmer nahm darauf Einfluß, „daß sich diejenigen Kollegen zu Aufhebungsverträgen entschließen, die die geforderte Arbeitsleistung nicht erbringen konnten; das waren solche, denen es schwer fallen durfte, einen gleichwertigen Arbeitsplatz zu finden. Zu diesem Zweck nutzte man das Bestreben von Abteilungsleitern und Meistern aus, in ihren Abteilungen möglichst viel einzusparen, um Kollegen un verhohlen anzudeuten, ein freiwilliges Ausscheiden mit einer Abfindung wäre für sie günstiger als eine mögliche Entlassung nach den Betriebsferien.“ Ein Teil der deutschen Arbeiter fand Wiederbeschäftigung bei der Firma Hanomag in Kassel. Die Entlassungen fielen nämlich noch vor den schweren Kriseneinbruch. Wenigstens fanden bisher Betriebsrat und Vertrauenskörper weder entscheidenden Anlaß, noch Möglichkeit zur Entwicklung einer Politik gegen die Massenentlassungen. Die Aktivität des Betriebsrats stand unter dem Motto, durch Zustimmung zur Kurzarbeit, zu den „Aufhebungsverträgen“ und anderen „beschäftigungspolitischen Anpassungs-

24) Die folgenden Zitate stammen aus: Göttinger Betriebs-express, Nr. 12/1975, S. 12, sowie: Gülden/Peter, Über die Situation bei Audi/NSU und VW, wird demnächst veröffentlicht in: Kritisches Jahrbuch 1975, Hrsg.: Jacobi u. a.

maßnahmen Schlimmeres“ aufzuhalten. Eine allgemeine, alle Beschäftigten umfassende Widerstandsperspektive gegen den Konzern wurde nicht entwickelt.

Vor allem die Facharbeiter hatten gehofft, durch Stillhalten ihre Haut zu retten, über die individuelle Konkurrenz der Bedrohung zu entgehen. Doch welche Erfahrungen werden inzwischen gemacht?

Aus der Instandhaltung und dem Werkzeugbau, also den Facharbeiterabteilungen werden Leute an die „Ausländerarbeitsplätze“ umgesetzt. Bei vielen Arbeitern entstand dadurch Angst und Verwirrung, die wiederum dazu führte, daß in einzelnen Abteilungen Kollegen dazu gebracht wurden, „freiwillig“ der Umsetzung an einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz zuzustimmen. Es wird also die Erfahrung der *Dequalifikation* gemacht. Wirkt hier zunächst noch der Rationalisierungsschutz dahin, wenigstens den alten Lohn zu erhalten, so fällt auch diese Kompensation mittlerweile fort. *Zur Dequalifikation kommt die Lohnsenkung und zur Lohnsenkung der Druck auf die Arbeitsleistung.* Dabei machen die Arbeiter die Erfahrung, daß ihre Konkurrenz untereinander, die zunächst als individueller Rettungsanker erschien, vom Unternehmer als Erpressungsmittel gegen sie eingesetzt wird. „Was man schon immer gemacht hat, aber was jetzt gerade so deutlich wird, daß man versucht, so einzelne Schichten gegeneinander auszuspielen . . . da kommt der Meister in die Presse und spricht ganz einfach zu dem Kollegen, der z. B. 5 000 Teile fahren muß, „Hör mal, der gestern abend hat 5 500 gepackt. Der weiß, in welcher Situation wir sind.“ Obwohl der Kollege ganz genau weiß, daß die Stückzahl festgelegt worden ist, dann knallt der drauf, dann macht der z. B. 5 600. Und so geht das Spielchen weiter. Obwohl, wenn man zu dem Kollegen hingehet, er das dann einsehst.“ Auch wenn sie die Einsicht haben, ausgespielt zu werden, bleibt doch Angst und Unsicherheit, wenn sich keine Handlungsperspektive bietet. Eher „knallt er drauf“, weil er „dadurch meint, seinen Arbeitsplatz zu sichern“; „er meinte, daß er der letzte wäre, der aus der Abteilung umgesetzt wird“. Diese nur auf individuelle Sicherung bezogene Strategie, welche in der Phase ökonomischer Prosperität durchaus häufig einen innerbetrieblichen Aufstieg ermöglicht hätte, wird jetzt zum ohnmächtigen Rettungsanker ohne irgendeine Perspektive. Der Vertrauensmann muß auf die Frage, wie sich der Krankenstand entwickelt habe, antworten: „Hervorragend, wir haben kaum noch Kranke.“ Und erklärt dazu: „Und das muß man ganz einfach so sagen, daß sie eben auf ihre Gesundheit bezogen die wirtschaftliche Situation aufs Spiel setzen: um dadurch eben zu meinen, „ja gut, wenn ich nicht krank bin, dann habe ich meinen Arbeitsplatz quasi sicherer,“ was ja gar nicht der Fall ist.“

Dies geschieht in einem Werk, in dem sich noch 2 Jahre zuvor Kampfbereitschaft und Selbstbewußtsein in spontanen Aktionen auch und gerade unter Facharbeitern gezeigt hatte. Auf der Basis ihrer durch Qualifikation und Betriebserfahrung relativ starken Stellung gegenüber dem Kapital und auch innerhalb der Arbeiterschaft haben diese Facharbeiter in einzelnen Aktionen zu kämpfen gewußt, so etwa, als bei den Verhandlungen um den Tarifvertrag 1973 die rd. 300 Facharbeiter im Werkzeugbau kurzfristig die Arbeit niederlegten, durch die Halle zogen und 11 % Lohnerhöhung forderten. Die Arbeiter an den Bändern hatten sich an dieser ersten

Aktion jedoch nicht beteiligt. Allerdings nahmen letztere an einer zweiten größeren Aktion zur Verteidigung der Erfolgsprämie 4 Monate später teil. Solche Kampfaktionen bargen weiter keine großen Risiken. Unterschiedliche, keine antagonistischen Interessen formulierten sich in ihnen. Sie glichen den Streiks, wie sie 1969 von einer relativ starken Position aus spontan von den Arbeitern geführt worden waren: „Bei den Diskussionen um die Erfolgsprämie mit der Werksleitung zeigte sich die gute Information der Arbeiter über die Lage bei VW: Die 8 % seien finanziell drin, denn es waren für die Zahlung von 5,35 % bereits Rücklagen gebildet worden“. Das Kapital selbst erschien aufgrund der Gewinnsituation als kompromißbereit. Wirkliche Klassenerfahrungen konnten hier somit nicht gemacht werden. Was gegenwärtig stattfindet, ist die gründliche Destruktion der Vorstellung, von einer gesicherten Machtposition ausgehen zu können. Die Erfahrung der Bedrohung des Arbeitsplatzes in der Krise, von innerbetrieblichen Umsetzungen, von Arbeitsintensivierung in einer Atmosphäre der Angst hat gründlich die Hoffnung gerade auch der Facharbeiter zerschlagen, durch ihre relativ starke Stellung auf dem Arbeitsmarkt und im Betrieb individuelle Lösungswege zu finden. Der verbleibende Lösungsweg verwandelt die bisher starke Stellung in eine Situation der Schwäche.

Soweit noch Hoffnung auf individuelle Auswege existiert, so nur noch unter schweren Einschränkungen und der Verdrängung bisheriger sozialer Positionen und Errungenschaften.

Es wird also die Erfahrung des gemeinsamen Klassenschicksals gemacht. Warum versucht nun aber der sich selbst als links verstehende Betriebsrat und der Vertrauenskörper nicht, auf dieser Basis eine Widerstandspolitik zu entfalten? In dem Bericht der Vertrauensleute heißt es weiter: Seit einem Jahr werden die Aufhebungsverträge ohne Widerstand praktiziert. Die Folge ist „daß die Kollegen und Kolleginnen und auch die Funktionäre innerhalb des Betriebs zum Teil gegenüber früher, wo sie ohne weiteres aufgemuckt haben, daß sie eben bestimmte Sachen angeprangert haben beim Betriebsrat, daß das heute rückläufig ist. Daß z. B. Vertrauensleute, obwohl sie die Möglichkeit haben, obwohl sie heute abgesichert sind und ihnen überhaupt nichts passieren würde, Vertrauensleutesitzungen während der Arbeitszeit fernbleiben.“

Zum eine wirkt also die Disziplinierung über die Existenzangst auch auf die Gewerkschaftsorgane im Betrieb, trotz Schulung. Ein zweiter wesentlicher Hinderungsgrund für die Entfaltung einer betrieblichen Widerstandsstrategie besteht aber auch darin, daß die Betriebsräte eine Gesamtstrategie der IG-Metall in bezug auf den Konzern vermissen. Im Vertrauen auf die Macht der Organisation und den traditionellen Erfolg ihrer Politik schiebt man die Entwicklung von alternativen Perspektiven von Betriebspolitik zurück. Daraus ergibt sich aber andererseits, daß in dem Maße, wie gerade die unteren Gewerkschaftsfunktionäre in ihrer Politik notwendigerweise von der Gesamtorganisation im Stich gelassen werden, keine Perspektive auf Dauer mehr existiert, sie zu eigenem Handeln gezwungen sind, wenn sie überhaupt als Interessenvertretungen handeln wollen, und die Gesamtorganisation mit hineinziehen müssen, statt auf ihre Initiative zu warten. „Und ich meine, ganz einfach aus einem politischen Selbstverständnis heraus, hätten wir hier in Kassel

normal auch den Hammer schmeißen müssen, mit Unterstützung auch der IG-Metall eben durch Informationen und mit Solidaritätskundgebungen und Erklärungen, gerade bezogen auch auf die anderen Werke.“

b) Opel Bochum, oder: Die Entwicklung klassenbewußter Gewerkschaftspolitik auf der Basis der Klassenerfahrungen (25)

Die Erfolge konsequenter Gewerkschafter in den Betriebsratswahlen, sowohl auf Persönlichkeitslisten als auch auf oppositionellen Listen machen deutlich, daß da, wo Belegschaften in betrieblichen Auseinandersetzungen, vor allem auch während der Streikaktionen 1973, ihre eigenen Erfahrungen im Konflikt mit sozialpartnerschaftlichen Betriebsräten und Gewerkschaftern haben machen müssen, solche Linke gewählt werden, die eine Perspektive konsequenter Betriebspolitik praktizierten. Bei Opel Bochum hat weit über ein Drittel der Belegschaft Betriebsräte gewählt, die sich teilweise als Kommunisten vorstellten und mit antikommunistischer Hetze eingedeckt worden waren. Auch bei Daimler Stuttgart ist es trotz antikommunistischer Hetze der örtlichen Gewerkschaftsleitung nicht gelungen, eine bewußte Politik linker Betriebsräte von der Belegschaft zu isolieren. Die Verteilung der Stimmen bei Opel zeigt, daß die linken Betriebsräte insbesondere von den durch sozialpartnerschaftliche Betriebspolitik kaum vertretenen Schichten der un- und angelernten Arbeiter, der Ausländer und der von besonders harten gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen Betroffenen (wie etwa den Lackierern) gewählt worden sind. Darüberhinaus sind sie, wenn auch in geringem Maße, von solchen Facharbeitern gewählt worden, die in die Konflikte des Jahres 73 einbezogen waren.

Am Wahlerfolg und an der nervösen Reaktion der Presse und rechter Sozialdemokraten läßt sich die aktuelle Bedeutung einer zum sozialpartnerschaftlichen Kurs alternativen Betriebspolitik in der Krise ablesen. Diese Politik folgt dem Prinzip, die Belegschaft selbst die Konflikte austragen zu lassen, damit Solidaritätserfahrungen in den Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten akkumuliert werden. So verfahren sie, nach eigenen Aussagen, als einem Belegschaftsmitglied die Entlassung drohte, da „er einige Male betrunken gewesen sei“. Wir unterstützen den Kollegen; wir sagten ihm nicht: ‚Ich werde das der Geschäftsleitung vortragen, ich habe da meine Kanäle, ich werde für Dich mein Bestes tun, aber versprechen kann ich nichts.‘ – sondern gingen mit ihm in die Abteilung, sagten, der Betriebsrat und erst recht die Geschäftsleitung saufen auch mal; wenn Ihr Euch nicht vor Euren Kollegen stellt, kann die Geschäftsleitung mit einem von Euch aus irgend ’nem anderen Grund das gleiche machen; und seine Arbeit müßt Ihr ohnehin mitmachen. Wir können Euren Kollegen nicht retten, erst recht nicht alleine.

In ihrer Broschüre „Eine Belegschaft sammelt Erfahrungen“ begründen sie

25) Sämtliche Zitate aus: Opel Kollegen (Hrsg.), Opel-Bochum 1972–1975, eine Belegschaft sammelt Erfahrungen!

ihre gegen jede Stellvertreterpolitik gerichtete Betriebsratsarbeit: „Das Kapital preßt uns aus. In der Profitmaschine des größten Konzerns der Welt, General Motors, lernt jeder Arbeiter täglich mehr: „Sozialpartnerschaft“, „Lebensqualität“ . . . usw., – das sind nichts als hohle Phrasen. Die Dokumentation zeigt: Für jede einzelne Forderung der Arbeiter sind wir angewiesen auf unseren Zusammenschluß und gemeinsamen Kampf. Und der gemeinsame Kampf für jede noch so kleine Verbesserung stärkt unsere Einheit und stellt uns immer dringender vor die Frage nach dem Ausweg aus der kapitalistischen Lohnsklaverei . . . Nur mit einer klassenkämpferischen Einheit werden wir unsere Interessen verwirklichen.“

Die Belegschaftsforderungen haben sich aus den im Betrieb gemachten Erfahrungen mit dem Unternehmen und in Auseinandersetzung mit dem sozialpartnerschaftlich-rechtssozialdemokratisch orientierten Betriebsratsvorsitzenden Perschke entwickelt. An ihnen werden demnach vorhandene Momente von Widerstandsbewußtsein deutlich: In einem Flugblatt vom 1.2.74 heißt es: „Runter mit den Bandgeschwindigkeiten! Die Empörung über die mörderische Arbeitshetze wächst im ganzen Werk. Fast 600 Wagen pro Schicht! Als Grund wird von seiten der Geschäftsleitung gesagt: der Krankenstand ist von etwa 13 % auf etwa 6 % gesunken: es sind 1 500 Mann mehr an Bord als normal, deswegen so hohe Stückzahlen! Als ob die Opel-Aktionäre uns malochen lassen, um die Arbeitsplätze zu erhalten! Wenn Perschke und seine Leute im Betriebsrat genauso erklären: ‚Das hohe Arbeitstempo liegt am Fehlverhalten der Belegschaft; zuviele kommen krank zur Arbeit!‘ Dann verkaufen sie uns alle noch für dumm. Wer dreht denn das Band hoch? Perschke und seine Leute werfen dem einzelnen Kollegen vor, daß er trotz Krankheit zur Arbeit kommt. Tatsache ist: die allermeisten Kündigungen werden von Opel mit ‚zuviel Fehlzeiten‘ begründet. Und nach den herrschenden Gesetzen ist das genauso ‚legal‘ wie der Lohnraub bei Kurzarbeit. Der einzelne Kollege wird nur dann keine Angst haben, auch in der jetzigen Situation seine Krankheit auszukurieren, wenn er weiß, daß die Belegschaft solidarisch alle Entlassungen bekämpft. Also: egal, wie groß die Belegschaftszahl ist, DIE BANDGESCHWINDIGKEITEN MÜSSEN RUNTER!“

Die schon während des Opel-Streiks 1973 entwickelte Forderung nach der Verkürzung der Schichtzeiten hat unter der Perspektive, die vorhandene Arbeit auf mehr Hände zu verteilen, ihre besondere Aktualität in der Krise. „Wenn fast 60 000 organisierte Opel-Arbeiter (mit ihren Familien zusammen sind das weit über 100 000 Menschen, denen allen eine kürzere Schichtzeit zugute käme) für eine solche gewerkschaftliche Forderung auf dem Weg zum 7-Stunden-Tag mobilisiert würden, dann könnte das ein Vorbild für alle Großbetriebe sein, sich unserem Kampf für menschlichere Arbeitszeit anzuschließen.“ In ihren besonders auf die Krise bezogenen Forderungen:

- Voller Lohn bei Kurzarbeit! Keine Entlassungen!
- Runter mit dem Arbeitstempo! Kein Lohnverlust bei Umbesetzungen! Schichtzeitverkürzung!

knüpften die Opelarbeiter an ihre Erfahrungen mit Entlassungen durch die Zechenstilllegung an. „Den stärksten Beifall erhielt im Werk II ein älterer Kollege, der seine

Erfahrungen von der Zechenschließung berichtete.“ (Das Werk II mit seinem beträchtlichen Facharbeiteranteil hat der linken Liste nahezu soviele Stimmen (1 575) wie der Perschke-Liste (1 694) gegeben, Arbeiter und Angestellte zusammen gerechnet.)

Mit der Kritik: „Abfindungsprämie – Kündigung mit Zuckerbrot!“ wurde die Aussage von Perschke zurückgewiesen, die Abfindungsprämien seien eine „elegante Lösung“ und hätten Massenentlassungen verhindert. Schon zuvor konnte in einer Betriebsversammlung im September 74 es zu Riesenbeifall kommen, als Perschke in einem Versprecher von „Abfindungsbetrug“ sprach. Die der Gewinnlogik folgende Stillhaltepolitik der Perschke-Gruppe wird aus der sich selbst bestätigenden Prophezeiung, die Kollegen seien ohnehin resignativ, gerechtfertigt. „Wenn es dir hier nicht mehr paßt, dann kannst Du ja in den Sack hauen. Auch die Bergleute haben damals die Zechenschließungen nicht verhindert, obwohl sie unter schwarzen Fahnen nach Bonn marschiert sind.“ Massenumsetzungen „wie auf einem Verschiebebahnhof“ verstärken nach den Aussagen der linken Betriebsratsgruppe die Solidarität im Betrieb: „Die Facharbeiter, die jetzt bedroht werden, an die Bänder zu müssen, werden im Kampf gegen die Akkordhetze die Kollegen im Akkord mehr unterstützen als zuvor.“ Das heißt aber, die Krisenerfahrungen – frühere (im Unterschied zu Kassel) und gegenwärtige – haben Differenzierungen innerhalb der Arbeiterschaft, etwa nach Qualifikation und Status angesichts der gemeinsamen Bedrohung zurücktreten lassen. Ob die Arbeiter ein nur negatives, Passivität und Flucht ins Private bestärkendes Verhalten einnehmen, hängt entscheidend von – wenn auch noch so geringen – Erfolgen im Widerstand gegen Maßnahmen des Unternehmens ab, welche mit einer Perspektive konsequenter Betriebspolitik verbunden sind.

Auch wenn es bisher nur zu geringen Erfolgen in der Realisierung der gesteckten Ziele kommen konnte, unter anderem auch wegen der noch immer starken Perschke-Gruppe, zeigt nicht zuletzt auch der Wahlerfolg der Linken unter den verschiedenen Schichten der Opel-Belegschaft, daß die Möglichkeit der Entwicklung einer Perspektive des Widerstands die Ansätze von Solidarität unter den Arbeitern ganz entscheidend fördert.

Ist bei VW die Erfahrung der gemeinsamen Klassensituation erst mit dieser Krise gemacht worden, so haben sich die bei Opel längst historisch akkumulierten Erfahrungen in Belegschaftsforderungen umsetzen und zu einer entsprechenden Handlungsperspektive in den Auseinandersetzungen mit dem Unternehmen entwickeln können. Mit einer betrieblichen Aktionsperspektive können die Erfahrungen etwa der Opel-Arbeiter mit dem Kapitalismus, so die Erfahrung der Arbeitslosigkeit durch Zechenstilllegung, aktualisiert werden und brauchen nicht in resignativer Abwehr vergessen gemacht zu werden. Es spricht viel dafür, daß die beschworene Apathie lediglich die zunächst sehr realistische Vorwegnahme fehlender Handlungsmöglichkeiten ist; solchermaßen als Passivität erscheinende verdrängte bzw. abgewehrte Erfahrungen von Kapitalismus können in eine Perspektive betrieblicher Machtentfaltung zur Einschränkung von Entlassungen und Lohnkürzungen produktiv genutzt werden.

Entscheidend ist aber auch, daß die einzelnen Forderungen und ihre Entwick-

lung aufzeigen, in welcher Weise, ausgehend von den als legitim und rational erscheinenden Bedürfnissen, gegen das Kapital eine Politik entwickelt werden kann, in der sich der *Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit dem Kampf gegen Rationalisierung und Massenentlassungen* verbinden läßt: Verteilung der Arbeit auf mehr Hände! Daß es sich dabei notwendig um eine Alternative zur entwickelten Gewerkschafts- und Betriebsratspolitik handelt, um eine Gewerkschaftspolitik, die vom Klassengesetz ausgeht, wird nicht zuletzt in der Härte der Auseinandersetzung mit dem Rechtssozialdemokraten Perschke sichtbar.

c) Erwitte und Kalldorf: Individuelle Ausweglosigkeit und gemeinsamer Widerstand

Die Aktionen in *Erwitte* und *Kalldorf* hatten dagegen darin ihren Ausgangspunkt, daß individuelle Ausweichlösungen durch die *Plötzlichkeit der gleichen Drohung*, arbeitslos zu werden, gar nicht mehr zur Debatte stehen konnten.

In den Jahren zuvor waren etwa in Kalldorf Hunderte entlassen worden, um so wenigstens den „Betrieb“, einen Teil der Belegschaft, zu retten, ohne daß eine Aktionsstrategie für den Erhalt aller Arbeitsplätze entwickelt worden wäre. Die Drohung des gleichen Schicksals der Arbeitslosigkeit für die gesamte Belegschaft ohne die Chance in dieser Region, individuell verschont zu bleiben, zwangen Betriebsrat und *Belegschaft* erst zu gemeinsamen Streik- und Besetzungsaktionen. Sie gingen dabei allerdings von dem als selbstverständlich angesehenen Recht aus, ihre Arbeitsplätze gerade in der Krise gegen die Verletzung des Rechts auf Arbeit zu verteidigen.

Der Kampf der Belegschaften von Kalldorf und Erwitte entstand aus dem Zwang, ihre Interessen in einer Situation radikal zu vertreten, in der in der Tat nichts mehr zu verlieren ist, sondern „wir nur noch gewinnen können“. „Und man doch sonst sein eigenes Todesurteil hätte unterschreiben müssen“, wie es ein Belegschaftsmitglied von Erwitte formuliert hat, das die Erfahrung der Stilllegung eines Metallbetriebs 2 Jahre zuvor hatte machen müssen.

Ebenso unmittelbar und *selbstbewußt* gingen sie von der Unterstützung und *Solidarität der Gewerkschaftsorganisation* aus. Sie initiierten ihre Aktionen mit Hilfe örtlicher Gewerkschaftsfunktionäre und ohne die vorherige Absegnung der zentralen Gewerkschaftsleitungen, in der Ahnung möglicher Kritik. Stattdessen ließen sie die Unterstützung der Gewerkschaftsorganisation durch jene örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre in der Öffentlichkeit melden und zwangen praktisch über diesen Weg die zentrale Gewerkschaftsleitung, nun ihrerseits auch öffentlich Aktionen zu unterstützen, die sie sonst wohl nie unterstützt hätten. Die Kollegen meinten jedoch: „Wir sind eine *Kampforganisation*, sonst können wir gleich in den DAS (Rechtsschutzverein) eintreten.“ „Wenn die uns nicht unterstützen, werfen 500 Kollegen (in Kalldorf) die Bücher hin.“ Sie gingen dabei von der Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit der Unterstützung des Kampfes durch die Gesamtorganisation aus und *eigneten* sich in der Form, in der es solchen einzelnen Belegschaften nur möglich ist, die *Organisation als ihre Kampforganisation an*. — Übrigens bei Kalldorf

trotz aller über juristische Warnungen angedeuteten Restriktionen des Hauptvorstandes. Hierin drückt sich eine Vorstellung gewerkschaftlicher Demokratie aus, die sich angesichts der unwidersprochenen Legitimität des Kampfes um die Arbeitsplätze auf die selbstverständliche „Folgebereitschaft“ der Gewerkschaftsleitungen zur aktiven Solidarität stützt und die Drohung des kollektiven Austritts als demokratischen Druck auf die Organisationsvertreter begreift.

Diesem Druck sind angesichts der Zentralisierung der Kompetenzen in den Gewerkschaftsleitungen allerdings starke Grenzen gesetzt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Hauptvorstände Aktionen und insbesondere deren solidarische Unterstützung beschränkt sehen möchten. Die Arbeiter haben jedoch umso nachhaltiger eine breite, sie unterstützende *Arbeiteröffentlichkeit* entwickelt, um mindestens Ansätze einer gemeinsamen Perspektive der Arbeiterschaft zu entwickeln. Ihr Interesse ist, eine solche Perspektive gegenwärtig zu machen, wie sie eigentlich in der Gewerkschaftsorganisation durch ihre Stärke repräsentiert sein soll. Es sind Ansätze entwickelt worden, eine gemeinsame Perspektive zwischen den einzelnen Belegschaften im Rahmen des Mannesmann-Konzerns, zu dem Kalldorf gehört, durch Vertrauensleutekonferenzen und Absprachen für gemeinsame Proteste zu entwickeln. Die Belegschaften in Kalldorf und Erwitte begreifen ihre Aktion als *exemplarische* Aktion, innerhalb derer sie sich gegenüber der Arbeiteröffentlichkeit verantwortlich fühlen für einen Kampferfolg gegenüber dem Kapital.

Im Laufe der Aktionen hat sich daher eine *Solidarität* herausgebildet, die weit über die anfänglichen Formen hinausgewachsen ist und z. B. in Erwitte die Kündigungsrücknahme zur *gemeinsamen politischen Sache* gemacht hat, welche neben und gegen die Argumente ökonomischer Rentabilität eine eigene Dynamik entwickelt hat: „*Wir sind uns sehr unsicher, ob tatsächlich die Produktion rentabel wieder aufgenommen werden kann. Egal, das ist eine politische Sache: Die Kündigungen müssen zurückgenommen werden.*“